

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 70 SONNTAG, 14. Okt. 1934

Aus dem Inhalt:
Autarkie und Aufrüstung
Korruption in den Gemeinden
Brauner Geismord
Der Untergang des Preußentums

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Wo bleiben die Gelder der Arbeitsfront?

54 Millionen Bonzengehälter — Dunkle Bilanz der Arbeiterbank

Auf dem Nürnberger Parteitag sagte Ley wiederum, die Gewerkschaften seien übernommen worden, »um die politischen Seuchenherde dem Feinde zu entziehen, ohne daß den Arbeitern Schaden entstände«. Es sei im alten System so gewesen, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre machtvolle Positionen mit hohen Gehältern auf Lebensdauer zu schaffen gewußt hätten. Er berichtete, daß die Arbeitsfront am 1. März 1934 einen Gesamtmitgliederbestand von 17 Millionen hatte. Nachdem er noch einige Beschimpfungen der »gierigen Gewerkschaftsfunktionäre« von einst von sich gegeben hatte, teilte Pg. Selzner mit, daß die Gehälter aller Ge-

beiträgen werden von der »Neuen Züricher Zeitung«, die über eine zuverlässige Berichterstattung verfügt, mit 50 bis 60 Millionen RM. monatlich angegeben. Nach den bis zur Einführung der neuen Einheitsbeiträge geltenden Sätzen der einzelnen Reichsbetriebsgemeinschaften bewegten sich die Beiträge in dem abgelaufenen Jahr in den billigsten Verbänden zwischen 60 bis 90 Pfennig pro Woche, die meisten Berufe hatten Wochenbeiträge von 1.50 bis 2 Mk., die großen Berufsgruppen, wie sie in den alten guten Gewerkschaften vereinigt waren, aber bezahlten in der Arbeitsfront Beiträge von 2 bis 3.50 RM., so daß ein Durchschnittsbeitrag für das hier besprochene Berichtsjahr mit einer Mark keinesfalls überschätzt ist. Rechnet man statt 17 nur 14 Millionen zahlender Mitglieder, so ergibt sich eine wöchentliche Beitragseinnahme von 14 Millionen oder eine Jahreseinnahme von 728 Millionen RM. Es müssen demnach, auch wenn man die verschwenderische Wirtschaft innerhalb der Arbeitsfront in Rechnung stellt, mindestens 600 Millionen RM. jähr-

Hoher Beitragsüberschuß

verbleiben, über dessen Verwendung auch nicht ein Wort veriautet. Es ist bisher nicht die geringste Abrechnung der Deutschen Arbeitsfront erfolgt.

Diese skandalöse und korrupte Wirtschaft der Deutschen Arbeitsfront kommt

auch in dem Geschäftsbericht der geraubten Arbeiterbank zum Vorschein. Als die Gangster am 2. Mai 1933 die Arbeiterbank besetzten, lag der Rechnungsabschluß für 1932/33 (1. April 1932 bis 31. März 1933) vor. Der damalige Aufsichtsrat konnte in einer Zeit, in der die sämtlichen privaten Großbanken nur noch mit Reichssubventionen gehalten wurden, ein außerordentlich günstiges Ergebnis feststellen. Er hatte deshalb beschlossen, eine Dividende von 5 Prozent zu verteilen, das waren bei 12 Millionen Stammkapital 600.000 RM. Gewinnausschüttung, und es wurden außerdem weit über 300.000 RM. Abschreibungen vorgenommen. Die braunen Retter hatten jedoch nach ihrer Besitzergreifung sofort die Bekanntgabe der Bilanz und des Reingewinnes von fast einer Million Mark unterbunden. Es wurde überhaupt kein Geschäftsabschluß veröffentlicht. Erst im September 1934 hat die inzwischen umgetaufte »Bank der Deutschen Arbeit A.-G.« Berlin eine Zweijahresbilanz, also für 1932/33 und 1933/34 gezogen, d. h.

den Gewinn des ersten Rechnungsjahres benutzt, um den Verlust des zweiten Rechnungsjahres, des Hitlerjahres, zu decken.

Nach diesem jetzt veröffentlichten, reichlich dunklen Bilanzbericht schließt die Bank ohne Gewinn und ohne Ver-

lust ab. Die gerissensten Bilanzverschleierer in der Privatwirtschaft sind gegenüber dem neuen braunen Aufsichtsrat der Arbeiterbank die wahren Waisenkinder.

Die vom früheren Aufsichtsrat für 1932/33 ausgewiesenen Kreditoren, d. h. die Einlagen der Gewerkschaften, Krankenkassen, Sozialversicherungsinstitute und der Arbeiter-Sparer hatten vor dem Raub der Bank 135.50 Millionen Mark betragen, sie waren nach der frisierten Ley-Bilanz bis Ende 1933/34 auf 140.70 Millionen (31. März 1934) angewachsen und sollen Ende Juni 1934 die Höhe von 245 Millionen Mark erreicht haben. Selbst wenn man diese letzte Zahl als wahr unterstellt, so hätten die Einlagen der Arbeiterbank, seitdem sie von der Arbeitsfront getragen wird, nur um 100 Millionen Mark zugenommen, während nach der vorher gegebenen Uebersicht zur Finanzgebarung der Arbeitsfront ein jährlicher Ueberschuß von wenigstens sechshundert Millionen Mark erzielt worden ist.

Es steht fest, daß hier Riesensummen, die den Zwangsmitgliedern der Arbeitsfront abgepreßt worden waren, weder von der Arbeitsfront verausgabt, noch etwa der Arbeiterbank als Einlagen zugeführt worden sind.

Die Deutsche Arbeitsfront selbst gibt

In den Tod getrieben

Eine Frau als Geisel.

Seit 18 Monaten wurde die Frau des emigrierten sozialistischen Bürgermeisters Worch von Langewiesen in Thüringen als Geisel für ihren Mann in Haft gehalten, mit ihr ihre Tochter.

Am 1. Oktober wurde Frau Worch von ihrer Tochter getrennt und ins Gefängnis von Gräfentonne gebracht. Dort hat sich die unglückliche Frau erhängt!

Sie ist systematisch in den Tod getrieben worden. Das schändliche Verbrechen, eine Frau als Geisel anderthalb Jahre in Haft zu halten, ist zum Mord geworden.

Die volle Verantwortung für dies neue Verbrechen fällt auf das Haupt der Machthaber des Systems!

werkschaftsfunktionäre im Dritten Reich monatlich nicht weniger als 4.5 Millionen RM., d. h. also

Jährlich 54 Millionen RM.

ausmachen. Im viel gelästerten alten System beliefen sich die Gehaltsausgaben nach den letzten Ausweisen des früheren Gewerkschaftsbundes auf jährlich 7.3 Millionen RM. Die Mitgliederzahl in der heutigen Arbeitsfront ist etwa doppelt so hoch als die der früheren Gewerkschaften, was natürlich nicht bedeutet, daß damit die Verwaltungstätigkeit der Arbeitsfront auch eine Verdoppelung der besoldeten Funktionäre rechtfertigen könnte. Aber selbst wenn man die Gehaltsausgaben entsprechend der Mitgliederzunahme heute mit 12 bis 13 Millionen RM. zugestehen bereit wäre, so zeigt doch die tatsächliche Gehaltssumme von 54 Millionen RM., welches Wohlleben sich die braunen Bonzen auf Kosten der dürftig lebenden Beitragszahler im »Staat der Arbeit«, im Staat der Einfachheit erlauben dürfen. Die Vertreibung der gierigen Gewerkschaftsbonzen war also kein billiger Spaß.

Der Generalreiniger Ley hat es aber in Nürnberg unterlassen, irgendwelche Angaben darüber zu machen, wo die übrigen Millionen der von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht Beitragsroschen geblieben sind. Etwa 40 Millionen RM. soll »Kraft durch Freude« jährlich kosten. Rechnet man die erwähnte Gehaltsausgabe von 54 Millionen RM. und eine hoch geschätzte Summe für Unterstützungen und Verwaltungskosten von weiteren 30 Millionen RM. hinzu, so dürfte die gesamte Deutsche Arbeitsfront rund 125 Millionen RM. im Jahre für ihre Zwecke einschließlich der Versorgung ihrer Parteianwärter verausgaben.

Die Einnahmen der Arbeitsfront an

Es ist schwer zu sagen, welches von den blutigen Ereignissen der letzten Tage das folgenschwerste sein wird: der Sieg der Reaktion in Spanien, die Ermordung des Königs von Jugoslawien oder der gleichzeitige gewaltsame Tod des französischen Außenministers Barthou. Mehr jedoch als Spanien und Jugoslawien ist Frankreich das Herzstück Europas, und mehr als ein anderer von den Toten dieser Woche war Barthou eine Hauptfigur der europäischen Politik. Er war

der große diplomatische Gegenspieler des Dritten Reiches;

ihm war es in wenigen Monaten gelungen, eine Wendung der ganzen Weltlage herbeizuführen. Würde man nicht, was Hitler und seine Leute in ihrer Dummheit für Frankreich getan haben — man müßte Barthou geradezu für einen Hexenmeister halten. In Wirklichkeit war er nur ein geschickter und trotz hohen Alters höchst aktiver Politiker, der die Plumpheit seiner Gegner in glänzender Weise auszunutzen verstand. Sein Ziel war, Frankreich durch Bündnisse und Freundschaften so stark zu machen, daß Hitlerdeutschland einen Angriff nicht wagen durfte. Darum hat er den alten Bund mit Rußland wieder erneuert, eine Wiederannäherung Englands an Frankreich bewirkt, die jugoslawisch-bulgarische Versöhnung gefördert und — nach dem 25. Juli, der Mussolini zum wütendsten Gegner des Dritten Reiches machte — an der Erneuerung der italienisch-französischen Freundschaft erfolgreich gearbeitet.

Die italienisch-französische Freundschaft war nur dann wieder herstellbar, wenn die Gegensätze zwischen Jugoslawien und Italien beseitigt, zum mindesten gemildert wurden. Darum mußte Alexander nach Paris, darum

wollte Barthou nach Rom. Da krachten die Schüsse des Kroaten.

Für Frankreich kann es keine andere Politik geben, als die von Barthou betriebene — aber wer wird imstande sein,

die Politik Barthous ohne Barthou

mit dem gleichen Erfolg wie früher weiterzuführen? Daß auch ein kluger Mann viel verderben kann, wenn ihm die außenpolitische Routine fehlt, hat der Fall Paul Boncour gezeigt, der Frankreich, wenigstens bis auf weiteres, den Verlust des polnischen Bundesgenossen brachte. Der Tod Barthous bedeutet für Hitlerdeutschland eine neue außenpolitische Chance. Es besteht andererseits aber auch die Gefahr, daß der Nachfolger Barthous durch überscharfes, nervöses Vorgehen Schaden stiftet und die Aussicht auf Erhaltung des Friedens noch weiter vermindert.

Aus der Regierung Doumergue ist durch den Tod Barthous das Glanzstück herausgebrochen. Die Regierung erleidet diese Einbuße in einem Augenblick, in dem die Gegensätze im Innern außerordentlich gespannt sind. Ein starker Außenminister konnte auf diese Gegensätze mildernd wirken, er mußte es wohl auch, da ein Minimum nationaler Geschlossenheit für den Erfolg seiner Politik unerlässlich ist. So hinterläßt der ermordete Außenminister auch in der Innenpolitik Frankreichs eine schwer auszufüllende Lücke.

Die Schüsse des Kroaten, die nur nebenbei und zufällig Frankreich trafen, waren

nach Jugoslawien gezielt.

Ihre Folgen hat der Schütze weder erlebt noch vorausgesehen. Nichts spricht dafür, daß Jugoslawien ohne den König Alexander freiheitlicher oder föderalistischer sein wird als mit ihm. Die Fortführung der bisherigen

Außenpolitik scheint gesichert, solange der Außenminister Jeftitsch im Amte bleibt. Es hat aber freilich auch schon Augenblicke gegeben, in denen man in Paris um die künftige Haltung Jugoslawiens — wie auch Rumäniens — besorgt war. Jetzt beginnt mit der neuen Regentschaft innenpolitisch und außenpolitisch die Fahrt ins Ungewisse.

Die inneren Vorgänge Spaniens haben seit 1870 die Politik Europas nicht mehr ernstlich beunruhigt. Auch jetzt dürfte die Ersetzung Sompers durch Lerroix und die blutige Niederschlagung der gegen die neue Regierung gerichteten Aktion an der außenpolitischen Konstellation nichts ändern. Mit tiefem Schmerz aber sehen alle freiheitlich Gesinnten der Welt ein Land, dessen Uebergang zur Republik sie einst begelüstert begrüßten, in die Reaktion zurücksinken. Der Sturz Primo de Rivas zeigte ihnen die Vergänglichkeit der Diktaturen, seitdem erleben sie nun in Spanien

zum dritten Male den Fall einer demokratischen Republik.

Früher sprach man von Republiken ohne Republikaner, heute gibt es wohl Republikaner, aber in den meisten Republiken Europas befinden sie sich im Gefängnis, im Konzentrationslager oder auf der Flucht. In Deutschland hängt die noch gläubige Masse ebenso an dem Traum der faschistischen Weltrevolution wie vordem an dem Traum der bolschewistischen. Nun hat der Glaube, daß die ganze Welt in der Richtung zum Faschismus marschiert, durch die spanischen Ereignisse eine neue Stärkung erfahren. So kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Ereignisse der letzten Tage für Hitler einen Prestigegewinn gebracht haben. Er kann sagen, daß diese Woche für ihn gut gewesen ist!

Verändertes Europa

Die Schüsse von Marseille — Der Bürgerkrieg in Spanien

nicht die geringste Abrechnung und die Bilanz der Arbeiterbank läßt in keiner Weise erkennen, welche Einlagen die Arbeitsfront bei ihr gemacht hat. Die »Neue Züricher Zeitung« bemerkt zu dieser Verdunkelung der Bilanz:

»Bedauerlicherweise geht aus den Ziffern nicht hervor, welcher Teil der Einlagen auf Guthaben der Arbeitsfront entfällt.«

Aber selbst wenn der ganze Einlagenzuwachs auf das Konto der Arbeitsfront entfiel, so bliebe die Frage offen: Wo sind die restlichen Überschüsse der Arbeitsfront von einer halben Million Mark hingeflossen?

Wo ist das Geld der Arbeiter und Angestellten geblieben?

Warum werden die unerhört hohen Beitragsgewinne der Arbeitsfront nicht mehr der Arbeiterbank zugeführt? Die Antwort ist bereits vor einigen Monaten gegeben worden, als die gesamte Rechnungsführung der Deutschen Arbeitsfront ihrem Führer Ley entzogen und dem Reichsschatzmeister der NSDAP. übertragen worden ist. Auch die einzelnen Berufsgemeinschaften unterstehen kassenmäßig nur noch dem Kassierer der Partei. Die Partei aber pflegt mit der Arbeiterbank keine Verbindung, weil sie in ihren Ausgaben keinerlei Kontrolle zulassen will, wie sie immerhin in der Bilanzprüfung der Arbeiterbank noch möglich ist.

Mit dem in der Bilanz der Arbeiterbank ausgewiesenen Geld hat sie sich an einer Reihe von Privatunternehmungen, wie Deutsche Feuerversicherungs-A.-G., Bauunternehmen Dyckerhoff und Wildmann A.-G., Cröllwitzer Papierfabrik, bei einer Absatz-Finanzierungsgesellschaft, bei der Engelhardtbrauerei beteiligt. Der Bericht zeigt also, daß der überwiegende Teil der Beitragsgelder der Arbeiterbank vorenthalten worden ist, während die Bankbestände in »gemeinnütziger Weise« notleidenden Privatunternehmen zugeschanzt werden durften. Aus dem Bericht geht auch hervor,

daß mit dem Geld der Arbeiterbank für 1½ Millionen Mark eine dem Großindustriellen Otto Wolff gehörende Villa für Ley erworben worden ist.

Es ist kennzeichnend, daß die sonst so geschwätzige Presse der Arbeitsfront über den Rechnungsabluß der Arbeiterbank kein Wort zu veröffentlichen wagt. Mit um so größerer Zähigkeit wird an den Villenbesitzer Ley die Frage gestellt und immer wiederholt werden müssen:

Wo bleibt die Abrechnung der Deutschen Arbeitsfront?

Karl Kautsky 80 Jahre alt

Am 16. Oktober wird Karl Kautsky achtzig Jahre alt. Im Januar 1883 erschien die erste Nummer der »Neuen Zeiten«, redigiert von Karl Kautsky. Sie ist zum Instrument geworden, das Marx' Geist zur Macht werden ließ, der die Massen ergriff. Das Eindringen der Marx'schen Erkenntnis in die internationale Arbeiterbewegung, ihre Gestaltung zum politischen Programm der deutschen Sozialdemokratie, die Anwendung der marxistischen Methode auf die konkreten Ereignisse der Zeit — das ist die Lebensarbeit von Karl Kautsky. Es ist eine historische Leistung ersten Ranges. Seine Arbeit hat die Ideologie der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegung geformt.

In der »Zeitschrift für Sozialismus« widmet Richard Kern der historischen Leistung von Karl Kautsky eine eingehende Betrachtung. Untrennbar miteinander verknüpft ist das Leben von Kautsky mit der Geschichte des Sozialismus und auch heute noch hat der Patriarch des Marxismus uns vieles zu geben und zu sagen:

»Der Krieg und seine Folgen haben die Einheit der Arbeiterbewegung gesprengt. Der Sieg des Bolschewismus scheint eine andere Antwort auf die Frage nach dem Weg zur Macht zu geben und der Art ihrer Anwendung. Das Problem Demokratie oder Diktatur, das bis 1917 sich keiner sozialistischen Auffassung gestellt hatte, findet in den außerordentlichen Verhältnissen der russischen Wirklichkeit seine Lösung in einer Parteidiktatur, die sich immer mehr zur persönlichen einengt. Kautsky nimmt mit aller Leidenschaft den Kampf für den demokratischen Sozialismus auf, er kämpft gegen den Wunderglauben an die Gewalt, der seit dem Krieg große Teile aller Gesellschaftsschichten erfaßt hat, gegen einen Sozialismus, der statt das Gemeinwesen der sich selbst verwaltenden Freien und Gleichen zu verwirklichen, in

Korruption auch in den Gemeinden!

Das braune System hat mit der öffentlichen Kontrolle der Gemeindeverwaltung zugleich die öffentliche Kontrolle der Finanzgebarung in den Gemeinden aufgehoben. Nur ab und zu ergeben sich Einblicke, wie die Gemeindefürsorge willkürlich mit den öffentlichen Mitteln schalten und walten. Wir haben vor einiger Zeit an Hand einer Verordnung des preussischen Finanzministeriums gezeigt, wie die Gelder der Steuerzahler für die NSDAP. und ihre Nebenorganisationen verwendet worden sind.

Jetzt liegt eine neue Verordnung vor, die nicht minder aufschlußreich ist. Sie beschäftigt sich mit Repräsentationsgeldern und Dispositionsfonds in den Gemeinden, die zur Verfügung des Leiters der Gemeinde und anderer Amtsträger gestellt werden. Die Verordnung mahnt eindringlich zu »gewissenhafter Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und unbedingter Sauberkeit.« Was muß Popitz gesehen haben, daß er so mahnt! Es heißt weiter in der Verordnung:

»Bei der Veranschlagung der Ausgabenmittel ist gerade heute besondere Zurückhaltung zu üben, damit die mögliche Zweckbindung aller Ausgabenmittel nicht durch übermäßige Dotierung der Dispositionsmittel zerstört wird. Als allgemeine Regel wird insoweit zu gelten haben, daß eine stärkere Dotierung der Dispositionsfonds gegenüber dem Durchschnitt einer Reihe früherer Haushaltsjahre nicht in Betracht kommen kann. Die Zuführung besonderer Mittel zu Dispositionsfonds von dritter Seite, insbesondere von städtischen Werken usw., kommt nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich in Betracht.

Die Bildung sogenannter schwarzer Dispositionsfonds die außerhalb des Haushaltsplans abgewickelt werden sollen, ist unter allen Umständen unzulässig. Wo derartige Fonds zurzeit noch bestehen sollten, sind sie umgehend haushaltsplanmäßig zu veranlassen und gegebenenfalls zu verausgaben.«

Daraus geht hervor: es gibt unter dem braunen System keinen ordentlichen Gemeindefiskus mehr. Die Willkür der selbsterhellenden unkontrollierten Gemeinde-

tyrannen feiert Triumphe. Der Gemeindefiskus macht alles mit dem Dispositionsfonds.

Die städtischen Werke sind zu dunklen Zwecken ausgeplündert worden.

Zu noch dunkleren Zwecken sind bei den Gemeinden schwarze Dispositionsfonds gebildet worden.

Mit einem Wort: Willkür und Korruption herrschen in den Gemeinden. Die Gemeindeangehörigen haben weder Mitbestimmungsrechte noch Kontrollrechte. Überall, wo die Diktatur herrscht, stinkt's!

Trost im Korruptionsumpf

Der große Korruptionsprozeß in Münster unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat mit der Verurteilung der Angeklagten zu Zuchthausstrafen geendet. Es handelt sich um die Unterschlagung von Geldern der Arbeitsfront.

Die Urteilsbegründung ist veröffentlicht worden — natürlich ganz sorgfältig redigiert und frisirt. Sie sagt über einen der Angeklagten namens Uhle, daß er »zeitweise ein Privatleben geführt habe, das wie die Faust aufs Auge passe zu den Reden, die er vor der Arbeiterschaft gehalten habe.« Trifft das nicht auch auf den Ley, den Baldur v. Schirach, den Göring und den Göbbels im gleichen Maße zu?

Eine Stelle der Begründung ist besonders bezeichnend. Sie lautet:

»Wenn dieser Prozeß, der an sich gewiß alles weniger als erfreulich war, doch etwas Erfreuliches zeitigte, dann ist es die Tatsache, daß die Summen, die hier in Frage kommen, doch nicht annähernd so groß sind, wie es gerüchtweise in der Öffentlichkeit verlautete. Der Prozeß hat diese Summen auf ihr richtiges Maß zurückgeführt.«

Die Höhe der unterschlagenen Summen wird also ganz sorgfältig vor der Öffentlichkeit verschwiegen! Das kennzeichnet das Vertuschungssystem so gut wie den Korruptionsumpf! Enthüllend bis zum letz-

ten aber ist der Stoßseufzer der braunen Richter, daß weniger unterschlagen worden ist, als das Gerücht behauptete. Das ist für sie schon erfreulich! So tief steckt das System schon im Sumpf der Korruption, daß es als erfreulich gilt, wenn einer um ein paar hunderttausend Mark weniger unterschlägt! Nächstens werden sie noch Anerkennungsprämien zahlen für bescheidene Defraudanten!

Eine Propagandalüge verendet

Am 9. Mai 1933 erfolgte auf Anordnung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I in Berlin die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der sozialistischen Gewerkschaften. Diese Beschlagnahme erfolgte wegen der Strafsache gegen Leipart und Genossen (Aktenzeichen I, pol. J. 1826/33.) Auf Anfragen gab der Generalstaatsanwalt im Juni 1934 folgende Antwort:

»In der Strafsache gegen Leipart und Genossen — I pol. a. J. 1826/33 — teile ich Ihnen auf die Eingabe folgendes mit: Eine allgemeine gesetzliche Regelung der Verwendung des von mir beschlagnahmten sozialdemokratischen Gewerkschaftsvermögens ist wohl demnächst zu erwarten. Diese Regelung dürfte auch Bestimmungen über die Befriedigung der Gläubiger enthalten.«

Bis Ende September ist diese gesetzliche Regelung nicht erfolgt, ist auch von der Durchführung des Strafverfahrens gegen Leipart und Genossen nichts zu hören gewesen. Aus leicht begreiflichen Gründen — die Anschuldigungen gegen Leipart und Genossen waren niederträchtige Propagandalügen. Heute verspricht sich die braune Propaganda nichts mehr von einem Propagandaprozeß gegen die Führer der freien Gewerkschaften. Die Korruption in Leys Arbeitsfront stinkt gen Himmel, die braune Justiz hat Massenarbeit mit den braunen Korruptionisten, und kein Propagandageschrei kann die allgemeine Meinung zerstören, daß die Gewerkschaften sauber gewesen sind — die Arbeitsfront aber ein einziger stinkender Sumpf!

Kölnische Zeitung

Aus dem Leben der Gleichgeschalteten.

Der »Kölnischen Zeitung« hat Bismarck einmal in einem Augenblick, in dem der große Realist den »Imponderabillien« — die er sonst oft genug trotz gegentätiger Beteuerung ignorierte — gerecht zu werden versucht, das Lob gewidmet, daß sie ihm sein Armeekorps am Rhein wert sei. Hitler hat solche lichte Momente hin und wieder vergelteter Staatsführung nicht. Was die »Kölnische Zeitung« anbetrifft, haben er und seine Janitscharen vielmehr alles getan, um jenes »Armeekorps am Rhein« totzutampeln!

Aus Köln a. Rhein erhalten wir jetzt die Nachricht, daß der frühere Chefredakteur der »Kölnischen Zeitung«, Dr. Hans Pinkow, freiwillig in den Tod gegangen ist. Aus dem Redaktionsverband seines ehemaligen »Weltblattes« war er freilich schon seit einem Jahr, seit Oktober 1933, gleichschaltungswegen, ausgeschieden. Was hat ihn, den kaum erst Fünfundvierzigjährigen, Sohn eines hohen Beamten, der in der Reichskanzlei noch unter dem »Eisernen« Dienst tat, Kriegsberichterstatler, Balkankorrespondent, Chef vom Dienst und schließlich Chefredakteur seines Kölner Verlags Dumont-Schauburg, zu diesem Schritt getrieben? »Von seinem tragischen Leiden, das zu überwinden er körperlich und seelisch nicht mehr die Kraft aufbrachte, hat er sich selbst erlöst« — so schrieb sein eigenes Blatt vor einigen Tagen in den Nachruf, den es dem toten Kollegen widmete. Jawohl, ein tragisches Leiden! Die Tragödie des deutschen Journalisten! Der Nationalliberale Dr. Hans Pinkow hat es nicht vermocht, im Chor seiner weniger verantwortungsbewussten Kollegen Kniebeuge auf dem Schindanger zu üben, in den — nach seiner Überzeugung — die Nationalsozialisten das deutsche Vaterland verwanzt haben. Dr. Pinkow, der glühende Nationalist, starb, weil er den Sturz Deutschlands in Hitlerschmach und Hitlerschande nicht verhindern konnte...

Als mit Papen das erste Morgenrot des »Dritten Reiches« heraufzog, war damals Dr. Pinkow noch Feuer und Flamma. Die schwerindustrielle genährte Mähre der Tagespublizistik sog Morgenluft durch die weit geöffneten Nüstern. Die plebejische Volksherrschaft, die Weimarer Ochlokratie war nun ein für allemal erledigt. Zusammen mit seinem Junior-Verleger unternahm Herr Dr. Pinkow damals einen Regnosierungsritt durch so

ziemlich alle von Papen okkupierten Berliner Reichsministerien, Staatssekretariate und Kurialsalons, um den neuen antiparlamentarischen Geist und vor allem die neuen Männer, die ihn vertraten, von Aug' zu Aug' kennen zu lernen. Niedergeschmettert von den qualitativen Eindrücken, die er dabei erhielt — so gestand er selbst später im engeren Kollegenkreis — kehrte er freilich von diesem Patrouillenritt heim ins rheinische Heimatrevier. Aber das war alles noch unter Papen!

Deutsche Journalistentragödie? Was liegt schon daran!? Ihren begabtesten Mitarbeiter, den Genfer Völkerbundsjournalisten Dr. Max Beer, wie kaum ein zweiter in der Nachkriegspolitik des Reiches dank seiner persönlichen Beziehungen zu Stresemann, Dufour, Feronce, zu Wirth, zu Briand, Chamberlain, Herriot eingeweiht, hat das weiland Weltblatt »Kölnische Zeitung« längst an das — »Neue Wiener Journal« abgetreten. Dr. Beer ist aber, weniger sensitiv wie sein Kollege Pinkow, nicht fortgegangen, ohne dem Hitlerregime und damit auch seinen eigenen gleichgeschalteten Kollegen am Rhein den verdienten Fußtritt zu versetzen. Seine kürzlich in Buchform erschienene Kritik der Hitlerschen Außenpolitik ist so ziemlich die schonungsloseste Prozedur, die irgendwo und irgendwann ein legitimer Ankläger mit dem Heidenjüngling von Braunau vorgenommen hat. Bisher hat die »Kölnische«, das »Weltblatt«, diesem ihrem anklagenden und Rechenschaft fordernden ehemaligen Kollegen noch nicht einmal in zwanzig Zeilen Gegenkritik Rede und Antwort stehen wollen oder können.

Gewiß, mit allen anderen deutschen Zeitungen von europäischer Bedeutung lebt auch die »Kölnische« eigentlich nur noch von ihrer Vergangenheit. Bisher wäre sie sogar, vor einem Jahr, von ihrer Lokal-Konkurrenz, dem Kölner Nazi-Skandalblatt, aufgefressen worden, wobei freilich — als kostbarer Bissen — die geldbedürftigen Nazi-Spekulateure es weniger auf die alte und zähe und lederne »Kölnische Zeitung«, als viel mehr auf ihren viel knusperigeren Inseratenabnehmer, den »Stadtanzeiger«, abgesehen hatten. Die »Kölnische« sollte bei diesem Kauferrögegeschäft edgültig pensioniert werden. Das gelang damals, mit den harten Talern einiger, weniger gleichgeschalteter Schwerindustriellen, abzuwehren. So kriecht man denn, gleichgeschaltet und auch wieder nicht, weiter ins Joch. Ein paar Journalisten bricht freilich dabei Herz und Leben... Was liegt daran?

Holland in Not

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Eine große Anzahl holländischer Exporteure, die geglaubt haben, daß man trotz alles Vorgekommenen mit dem Deutschland Schachts Geschäfte wie unter anständigen Kaufleuten machen könnte, läßt jetzt die Köpfe hängen. Ihr Vertrauen zu der Regierung der Gangster wird in durchaus normaler und nicht unverdienter Weise gelohnt: Sie müssen feststellen, daß sie für ihre Lieferungen seit etwa Mai kein Geld bekommen!

Wohl sollte die Bezahlung über Sonderkonto der Niederländischen Bank erfolgen. Aber dieses ist in den letzten Monaten so angeschwollen, daß es praktisch eingefroren ist. Nun hat die Holländische Regierung als Gegenmaßnahme — endlich — das Zwangsclearing eingeführt; dieses soll aber in erster Linie, um den niederländischen Export nicht ganz erliegen zu lassen, den Forderungen wegen künftigen Exports zugute kommen. Für die bereits entstandenen Forderungen aus Lieferungen, die im Mai-September nach Deutschland getätigt wurden, werden allein zehn Prozent des Aufkommens aus dem Clearing zur Verfügung gestellt, eine sehr magere Quote, die für die Forderungsberechtigten bedeutet: warten und warten.

Dabei erfährt man einen sehr interessanten Grund, der die Niedrighaltung der Auszahlungsquote für ältere Forderungen in erster Linie mit veranlaßt hat. Der von den Interessenten aufs heftigste angegriffene holländische Handelsminister hat ihn jüngst verurteilt: Die früher für Deutschland stark aktive deutsch-holländische Handelsbilanz zeigt seit einigen Monaten stärkste Tendenz, sich nach der entgegengesetzten Seite zu verschieben. Die deutsche Einfuhr nach Holland sinkt rapid, während die deutsche Nachfrage nach holländischen Gütern (wenn auch nicht die Zahlungswilligkeit) unverändert groß bleibt. Die holländische Regierung weiß also gar nicht, ob sie aus der Zahlungsbilanz mit Deutschland künftig noch ein Plus zu erwarten hat.

Dieser Zustand ist außerordentlich charakteristisch für die verderblichen Auswirkungen der deutschen Autarkiepolitik. Holland war bisher eines der sichersten Exportländer für Deutschland, die Boykottbewegung hatte hier verhältnismäßig geringe Erfolge zu verzeichnen, zeitweilig war der deutsche Export nach Holland in der Hitlerzeit sogar gestiegen. Damit ist es jetzt aus. Die deutschen Bankrotteuremethoden haben scheinbar auch auf kapitalistische holländische Kreise als kalter Wasserstrahl gewirkt. Auch die neue Clearingmethode scheint das Vertrauen in den deutschen Handel nicht wieder heben zu können. Die Exporteure als gebrannte Kinder sagen: Was nützt uns die Versicherung, daß unsere Forderungen vorgehen? Nach ein paar Monaten hören wir dann vielleicht wieder, daß die bisher aufgelaufenen Forderungen gegen die nunmehr künftigen zurückgestellt werden!

Überall organisieren sich die Geschädigten in Komitees usw. Da es sich um eine einflußreiche kapitalistische Gruppe handelt, so wird die Regierung über ihre Beschwerden kaum hinweggehen können. Sie gibt bereits zu, daß das allgemeine Risiko, das in den deutschen Verhältnissen liegt, unterschätzt worden sei, behauptet allerdings, selber mehrfach gewarnt zu haben. — Was diese Geschichte für Deutschlands Ansehen hier bedeutet, braucht kaum gesagt zu werden. Man bedenke, daß es sich hier nicht um Anleihen und alte Schulden aus der »Schmachzeit«, sondern um laufende Handelsverpflichtungen handelt. Im zivilen Leben wird ein Kaufmann, der nach eingetretener tatsächlicher Zahlungsunfähigkeit noch Waren bestellt, wegen betrügerischen Bankrottes bestraft. Genau das aber ist die deutsche Handelsmethode unter Schacht!

Der Weg der Labour Party

O. G. London, 6. Oktober 1934.

Die Labour Party hat seit ihrem Katastrophenjahr 1931 jetzt vier Parteitage abgehalten. Der erste diente der Sammlung nach der Desertion der Führer. Der zweite, in Leicester, brachte einen scharfen Schwung nach links, man kann sagen: erst in Leicester wurde die Labour Party wirklich zu einer sozialistischen Partei. Der vorjährige Parteitag in Hastings tagte zwar in gemäßigterer Stimmung als der Parteitag in Leicester, aber der sozialistische Gehalt der Partei wurde nicht verwässert. Im Gegenteil, Hastings brachte den Ausbau des sozialistischen Wirtschaftsprogramms.

Dieses Jahr tagte der Parteitag in Southport, einem westenglischen Badeort. Dort wurde die Arbeit von Hastings fortgesetzt, obwohl die Gesamtstimmung wieder erheblich weiter nach rechts ging.

In der Methode ist man reformistisch, in der Sache unbedingt sozialistisch.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem vorjährigen und dem diesjährigen Parteitag liegt darin, daß in Hastings ein himmelblauer Optimismus regierte, man sah die Partei schon dicht vor der Machtergreifung und hatte Angst, man würde nicht schnell genug mit den Plänen dafür fertig. In Southport war man nüchterner. Zwar hat gerade das Jahr zwischen Hastings und Southport die meisten sensationellen Nachwahlerfolge für die Labour Party gebracht, zwar fiel in diese Zeit die erstmalige Eroberung Londons durch die Partei. Aber spätere Nachwahlen zeigten deutlich, daß noch schwere Hindernisse zu überwinden sind, sie zeigten vor allem, daß das flache Land sehr schwer zu erobern ist (eines der ernstesten Probleme bisher für alle sozialistischen Parteien). In England machen die ländlichen Wahlkreise fast die Hälfte aller Wahlkreise aus, obwohl das keineswegs der Bevölkerungszusammensetzung entspricht. Man reformiert in England eben nicht so rasch, was vor 50 Jahren gut war, hält man auch heute noch für gut. Der Labour Party wird es wohl eher gelingen, die ländlichen Wahlkreise zu erobern, als eine Reform der Wahlkreiseinteilung zu erreichen.

Nun könnte man denken, daß die Agrarfrage im Mittelpunkt des Parteitages gestanden hätte. Weit gefehlt. Nur einmal wurde so nebenbei etwas über Agrarfragen gesprochen und auch das nur ganz unverbindlich. Der Partei fehlt eine klare Agrarpolitik. Sie schwankt zwischen einem recht einseitigen Konsumentenstandpunkt, der z. B. im »Daily Herald« vertreten wird und einer aktiven Mitarbeit an den planwirtschaftlichen Experimenten des Landwirtschaftsministers Elliot.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand auch nicht der Kampf gegen den englischen Faschismus. Dieses Problem wurde eigentlich nur in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden gestreift. Der 30. Juni, der Mord an Dollfuß, der Zank zwischen Hitler und Mussolini, die wirtschaftlichen Nöte der faschistischen Länder, haben für Mosley zweifellos einen Rückschlag gebracht. Er hat die Unterstützung des Rothermere Pressekonzerns verloren, seine Kundgebungen sind erheblich schwächer besucht als im Frühjahr, es wird von massenhaften Austritten aus der Partei geredet. Trotz allem, beseitigt ist die faschistische Gefahr in England nicht. Das weiß auch die Labour Party. Aber sie steht hier in einem Dilemma. Soll sie durch dauerndes Reden von der faschistischen Gefahr die Reklame für Mosley machen, die er in der Presse nicht mehr finden kann? Läuft sie nicht andererseits Gefahr, den geeigneten Moment zum Kampf zu verpassen? Herbert Morrison, der immer mehr zum

eigentlichen Führer der Labour Party wird, hat dies kürzlich offen ausgesprochen. Der Parteitag in Southport hat keinen Ausweg aus diesem Dilemma gezeigt. Er hat es vorgezogen, anstatt negativ gegen seine Gegner zu kämpfen, die positiven Ziele der Partei auszuarbeiten.

Im Mittelpunkt stand das Programm oder Manifest für »Frieden und Sozialismus«.

Dort wurden die außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele, die die Partei verwirklichen will, sobald sie die Mehrheit im Parlament hat, entwickelt. Eine gleichfalls vom Vorstand vorgelegte Resolution behandelte die innerpolitischen Methoden, mit denen dieses Programm durchgeführt werden soll. Um all diese Fragen setzte ein Ringen ein zwischen dem reformistischen, vor allem durch die Gewerkschaften vertretenen Flügel (die Gewerkschaften sind korporativ Mitglieder der Partei) und den radikalen Gruppen, die sich um die von Sir Stafford Cripps geführte Socialist League sammelten. Stets fand der reformistische Flügel eine überwältigende Mehrheit.

In der Außenpolitik stellt sich die Partei bedingungslos hinter den Völkerbund. Sie ist bereit, Kollektivaktionen selbst kriegerischer Art, die der Völkerbund gegen einen Friedensbrecher durchführt, zu unterstützen. Die Drohung, auf jeden Krieg mit einem Generalstreik zu antworten, wurde widerrufen, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Tatsache, daß ein solcher Generalstreik ja nur den faschistischen Ländern zugute käme, in denen die Arbeiterorganisationen zerschlagen sind. Wenn die Labour Party also auch einen kleinen Schritt vom blutleeren in der Luft schwebenden Pazifismus zu einer realistischen Betrachtung der Dinge hin getan hat, so bleibt sie doch noch tief im Abstrakten stecken mit ihrem blinden Vertrauen in den Völkerbund, der sich bisher noch immer als aktionsfähig erwiesen hat, mit ihrer mangelnden Kenntnis der politischen Methoden des Faschismus, der vollendete Tatsachen zu schaffen sucht und sich dabei nicht an diplomatischen Zwirnfäden stößt. Der Crippsflügel hat nicht viel Fruchtbares zu der Debatte beigetragen. Er forderte an Stelle der Völkerbundspolitik ein Zusammenarbeiten mit Rußland, wollte aber gleichzeitig an der Generalstreikparole festhalten und damit den faschistischen Ländern einen Freibrief für jede Gewalttat geben. Daß die außenpolitische Debatte, die mit einer Rede Hendersons eingeleitet wurde, hochstehend war, wurde auch in der Rechtspresse zugegeben — aber vielleicht war die Debatte zu hochstehend, um real zu sein. Man sah die Welt, wie man sie sehen möchte, nicht wie sie ist.

Das wirtschaftspolitische Programm, das Sozialisierung — nicht Verstaatlichung — der wichtigsten Industrien fordert,

fand im Prinzip keinen Widerspruch. Nur über eine Frage wurde ausgiebig debattiert, nämlich darüber, ob den Kapitalisten für die enteigneten Industrien eine Kapitalentschädigung gezahlt werden soll oder ob man ihnen nur für eine Uebergangszeit ein gewisses Einkommen garantieren solle. Die große Mehrheit sprach sich für die Kapitalentschädigung aus, weil der andere Weg zu einer Panik führen würde, zu einer Kapitalflucht aus dem Lande, zu Massenabhebungen der kleinen Sparer und damit zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. Der Versuch der Linken, die Partei auf ein starres Fünfjahresprogramm der Sozialisierung festzulegen, wurde gleichfalls abgelehnt.

Obwohl die konservative Presse täglich Cripps Diktaturabsichten nachsagt, ist sich

die Partei einschließlich Cripps darüber einig, daß die Macht auf demokratischem Wege erobert werden muß

und daß auch dann die demokratischen Grundsätze der freien Wahl, der Pressefreiheit, der Organisationsfreiheit usw. bewahrt bleiben müssen. Die Frage ist nur, wie man einem durch kapitalistische Sabotage hervorgerufenen Notstand begegnen solle. Hier möchte Cripps, der hervorragende Jurist, schon im voraus alle Gegenmaßnahmen ausgearbeitet wissen, während die Mehrheit sich damit begnügt, zu erklären, daß jeder Notstand mit den im Augenblick gebotenen Maßnahmen bekämpft werden müsse. Hiermit hat sich Cripps schließlich einverstanden erklärt. Auch in der Oberhausfrage wurde ein Kompromiß geschlossen. Cripps wollte, daß eine Labour-Regierung das Oberhaus sofort beseitigen solle. Man einigte sich darauf, daß man das Oberhaus dann sofort beseitigen wolle, wenn es sich dem Willen der Volksmehrheit entgegenstellt.

Schließlich wurde noch eine Nebenfrage auf dem Parteitag behandelt, die zu der erregtesten Debatte führte. Der Vorstand hat Mitgliedern der Labour Party verboten, zu dem Hilfskomitee für die Opfer des deutschen und österreichischen Faschismus zu gehören, da dieses Komitee eine kommunistische Nebenorganisation sei. Lord Marley, Ellen Wilkinson, Harold Laski und andere bekannte Labourmitglieder hatten in diesem Komitee eine führende Rolle. Sie wehrten sich leidenschaftlich gegen den Beschluß, der jedoch mit großer Mehrheit vom Parteitag bestätigt wurde. Daß hinter dem Beschluß der Partei nicht etwa Sympathie für Hitler und Feindschaft gegen die Emigranten steckt, wie es die deutsche Nazi-presse triumphierend behauptete, braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden. Die Parteileitung hatte den Eindruck, daß die Kommunisten dieses Komitee benutzen, um die Labour Party zu zersetzen.

Zwei wichtige personelle Entscheidungen hatte der Parteitag zu treffen, die Wahl des neuen Vorstandes und die Aufstellung der Richtlinien für die Wahl des neuen Generalsekretärs, der den Posten des zurücktretenden Henderson übernehmen soll. In den Vorstand wurden neu gewählt Attlee, der sich als stellvertretender Fraktionsführer im Unterhaus während der Krankheit Lansburys große Verdienste erworben hat, und Sir Stafford Cripps, der zwar sachlich auf dem Parteitag unterlag, dem man aber dennoch goldene Brücken baute. Der radikale Pazifist Trevelyan, ein typischer radikal gewordener Liberaler, wurde nicht wiedergewählt. In der Sekretärfrage wurde ein aufsehenerregender Beschluß gefaßt. Der neuwählende Sekretär darf nicht nur nicht Mitglied einer Regierung werden, er darf auch nicht Abgeordneter sein. Dadurch wird der Posten zu einem reinen Verwaltungsposten und verliert viel, wenn nicht alles, von seiner bisherigen politischen Bedeutung. Herbert Morrison, der viel als möglicher Nachfolger von Henderson genannt wurde, scheidet damit aus. Politisch freilich ist er auf diesem Parteitag noch mehr in den Vordergrund getreten als bisher. Fast stets war er der Sprecher des Parteivorstandes. Er und Cripps waren die unbestrittenen Hauptfiguren auf dem Kongreß, neben ihnen spielte nur noch der Gewerkschaftsführer Bevin eine wichtigere Rolle als der Sprecher des Gewerkschaftsblocks.

Der Parteitag ist zu Ende, und schon stehen wieder Nachwahlen für das Unterhaus und im November Kommunalwahlen bevor, die zeigen werden, wie die Wähler auf den Kurs der Partei reagieren.

Zwecke dienen, den Willen der politischen Führung umzubiegen, abzubiegen, zu verfälschen... Nichts ist aber mehr geeignet, dem Führer wie auch der Gesamtheit des Volkes ein verfälschtes Bild von der Wirklichkeit der Beamtenschaft zu geben, als wenn eine versteckte, aber vorsichtig getarnte Reaktion sich namentlich an den einflußreichen Stellen zu behaupten oder gar einzuschleichen gewußt hat.

Sogar funkelneue Meckerer »schleichen sich ein«. Dann ist also die Hitler-Begeisterung in der deutschen Beamtenschaft sichtlich im Wachsen begriffen.

Notstandsgebiet

Der Oberbürgermeister von Duisburg hat bei der Einführung der Duisburger Ratsherren in ihre Ämter eine große Rede geredet. Nach dem Bericht des »Völkischen Beobach-

ters« betonte er, es seien große Dinge zum Wohle der Stadt im Werden, so z. B. die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, die Verlegung des Museums und der Stadtbücherei, die Anlegung eines deutschen Tierparks. »Was Duisburg fehlt, ist eine große Halle, so fuhr er fort, »die als Ausstellungsgebäude und als Raum für große Versammlungen etwa 10.000 Menschen Platz bietet.« Allerdings scheint noch einiges andere zu fehlen, denn der Oberbürgermeister beandete seine Ansprache mit der tröstlichen Versicherung, »die Verwaltung erstrebe, daß Duisburg-Hamborn als die in der schlechtesten Wirtschaftslage befindliche Stadt Westdeutschlands zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet erklärt werde.«

Ausgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, Verlegung des Museums, Anlegung eines Tier-

parks, Bau einer Riesen-Versammlungshalle — die Einwohner des Notstandsgebietes werden versuchen müssen, vom Anblick ihrer neuen Luxusanlagen satt zu werden.

Sterbende Presse. Die »Weserzeitung« in Bremen hat am 1. Oktober ihr Erscheinen eingestellt. Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« weint darüber: »Es wäre ein Verlust für das neue Reich, wenn in ihm kein Platz mehr sein sollte für solche Zeitungen besonderer Prägung und Eigenart. Es ist nun schon eine lange Liste: »Vossische Zeitung«, »Berliner Börsen-Courier«, »Deutsche Tageszeitung«, in der Provinz neben vielen anderen »Die Königsberger Hartungsche Zeitung«, »Der Hamburgische Korrespondent« und nun die »Weser-Zeitung«. Auf der anderen Seite sind neue Zeitungen entstanden, aber die Zahl der Zeitungsleser in Deutschland hat damit einen Ausgleich noch nicht gefunden.«

Die begeisterte Beamtenschaft

In der »Beko«, der reichsdeutschen Beamtendorrespondenz, liest man:

»Es ist merkwürdig, welch ein süßes Leben die Reaktion in den Amtsstuben der öffentlichen Verwaltungen zu führen gewußt hat... Solche Leute parieren in der Tat nur, wenn sie eine stahlharte Faust am Zügel spüren, freilich ohne daß sie dabei ihre zersetzende Gefährlichkeit verlieren. Braucht sich doch nur die Zügführung ein wenig zu lockern, um die vorher ängstlich geduckten Köpfe wieder hochkommen und um in diesen Dingen unstreitig äußerst geschickten Händen bald hier, bald dort jene leisen und vorsichtigen Korrekturen vornehmen zu lassen, die so belanglos erscheinen und die dennoch — wenn auch in unauffälliger Weise — nur dem einen

Kampf um Autarkie und Aufrüstung

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist in die Zange geraten. Die Devisennot, die sie erzeugt hat, hat die Rohstoffnot bewirkt und bedroht die Wirtschaft mit rascher Verelendung. Eine Umkehr würde bedeuten, den Verzicht auf die inflationistischen Methoden der Arbeitsbeschaffung, auf die Rüstungsausgaben, auf eine Agrarpolitik, die die Lebenshaltung fortgesetzt verteuert und die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft unmöglich macht. Das kann und will die Diktatur nicht, da das sehr rasch die Massenbasis, die sie sich erhalten will, zerstören würde. So geht sie den anderen Weg, unbekümmert um die Kosten den Versuch zu unternehmen, sich von den Rohstoffen des Auslands unabhängig zu machen.

Dabei ist die Auswahl bestimmt durch die Kriegswichtigkeit der Rohstoffe. Die Sorge der Diktatur ist das »Ueberschreiten der Gefahrenzone«. Gelingt es, außenpolitische Gewaltentscheidungen zu vermeiden, bis die deutsche Aufrüstung gelungen, das Zurückbleiben in den ausgebildeten Reserven, in den Flugzeugen und in der schweren Artillerie überwunden ist, so ist das Schwerste getan. Die neugewonnene militärische Stärke soll Deutschland gefürchtet und zu einem begehrten Bundesgenossen machen. Das militärische, politische und wirtschaftliche Gewicht wird dann auch wieder groß genug sein, um günstige handelspolitische Zugeständnisse zu erzwingen oder auf dem Wege der Gewalt den »Großraum« zu erwerben, der notwendig ist, um der deutschen Industrie Absatz und Beschäftigung zu sichern.

Nicht nur die rein politischen, sondern auch alle wirtschaftlichen Maßnahmen dienen der Aufrüstung

und zugleich dem obersten absoluten Zweck: der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Parteiherrschaft. Sie stärken zudem die wirkliche Basis der Diktatur, den Zusammenhalt mit dem wichtigsten selbständigen Machtfaktor, mit der Militärorganisation und ihrer Spitze, der Generalität. Und die Macht der Diktatur ist stark genug, um diesem Ziel auch die entgegenstehenden Interessen aller Schichten und Klassen unterzuordnen. Die Vervelfachung und Absolutierung der Staatsmacht, die das Wesen des totalen Staates ausmacht, besteht eben darin, daß die Erhaltung und Vermehrung der Macht der Staatsorganisation zum Selbstzweck wird, ihre Eigengesetzlichkeit entwickelt und sich unter Umständen auch entgegenstehenden Klasseninteressen unterwirft. Von daher erhalten die Wirtschaftsmaßnahmen der Diktatur ihren eigentümlichen doppelten Charakter: sie wird nicht allein wirtschaftlich charakterisiert, sondern zugleich machtpolitisch; sie dienen oder entspringen auch wirtschaftlichen Klasseninteressen, sind aber zugleich eingeordnet in das machtpolitische System des Diktaturstaates.

Die erste umfassende Maßnahme auf dem wirtschaftlichen Gebiet war die nationalsozialistische Agrarpolitik. Sie suchte nicht nur die unmittelbaren Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, eine Hauptstütze der Partei, zu befriedigen, sondern die »Nahrungsfreiheit«, die Unabhängigkeit von der auswärtigen Zufuhr im Kriegsfall, also einem militärpolitischen Zweck zu erreichen, und die Ausgestaltung zur immer lückenloseren Zwangswirtschaft trotz des Widerstandes der Bauern selbst diente gerade diesem Zweck.

Jetzt beginnt, beschleunigt durch die Rohstoffnot, aber nicht durch sie allein erzwungen, ein ähnliches Vorgehen auf dem Gebiet der Industrie. Und wieder wird der Anfang gemacht mit einem für die Kriegsführung wichtigsten Rohstoff, den Treibstoffen. Man weiß, welche Rolle das Petroleum im Kampf der imperialistischen Kräfte gespielt hat. Die Entdeckung, aus Kohle Benzin, Oele und andere Treibstoffe herstellen zu können, hat die großen Industriestaaten prinzipiell von der Petroleumzufuhr unabhängig gemacht. Die I.G.-Farben, der deutsche Chemietrust, hat längst die Großfabrikation aufgenommen. Freilich, über die Selbstkosten des Leuna-Benzins sind nie genaue Angaben gemacht worden, sicher ist nur, daß sie beträchtlich über denen des Naturbenzins liegen. Deshalb ist

der Preis des Benzin in Deutschland

durch Zoll und Steuer systematisch in die Höhe gesetzt worden,

während der I.G. für die Benzinproduktion in Form von Steuerermäßigung eine Subvention aus Staatsmitteln gewährt wurde. Wiederholt fanden auch Besprechungen mit der I.G. wegen Erweiterung ihrer Anlagen für Benzingewinnung statt. Bei der Höhe der in Betracht kommenden Investitionen wurde dabei von der I.G. stets die Forderung gestellt, daß das Reich sich verpflichten müsse, eine bestimmte Höhe des deutschen Benzinpreises aufrechtzuerhalten, wie immer der Weltmarktpreis sich gestalte. Wie die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, so sollte auch der Benzinpreis vom »Weltmarkt abgehängt« werden. Die Nationalsozialisten bauen diese Politik, die zunächst aus rein militärischen Gründen von Schleicher gefordert und unter Brüning und Papen begonnen wurde, rasch aus. Trotz ihrer Begeisterung für das Auto und die Motorisierung wird der Benzinpreis hochgehalten. Die deutsche Erdölproduktion wird mit allen Mitteln gefördert, das Reich übernimmt die Kosten für neue Bohrungen auch der privaten Gesellschaften. Aber die natürlichen Möglichkeiten sind sehr begrenzt. So erfolgt jetzt ein neuer, entscheidender Schritt: die

Ausdehnung der künstlichen Benzinproduktion,

die bisher aus wirtschaftlichen Gründen mit Rücksicht auf die Kosten nicht erfolgen konnte, wird jetzt durch politischen Befehl der Diktatur erzwungen.

Die Kosten dürfen keine Rolle spielen, aber sie müssen aufgebracht werden. Die Finanzen des Reiches, der Kredit der Notenbank sind bereits bis zum Reißenden angespannt. Ein neuer Weg wird beschritten, die Kosten werden unmittelbar der Wirtschaft auferlegt. Eine Verordnung des Wirtschaftsministers schließt alle Unternehmungen, die Braunkohle gewinnen oder über Braunkohlenvorkommen verfügen, zu einer »Pflichtgemeinschaft Braunkohle« zusammen. Diese Pflichtgemeinschaft errichtet eine große Anlage zur Kohlenverflüssigung. Sie bleibt Eigentum der Gemeinschaft, an der die Mitglieder im jeweiligen Verhältnis ihrer Braunkohlenproduktion beteiligt sind. Die individuellen Kohlenverflüssigungsanlagen einzelner großer Unternehmungen der Braunkohlenindustrie, die schon lange gehegt worden waren, waren teils aus technischen, teils aus finanziellen Bedenken nicht vorwärtskommen; jetzt macht der Zwang diesen Bedenken ein Ende.

Die neue Anlage — ob nur eine oder mehrere errichtet werden, scheint noch nicht festzustehen — soll für die Verarbeitung von 7½ Millionen Tonnen Braunkohle eingerichtet werden und eine Gewinnung von mehreren hunderttausend Tonnen Benzin gestatten. Es handelt sich um eine

Vervielfachung der bisherigen Produktion von Benzin aus Braunkohle,

die bisher knapp 100.000 Tonnen jährlich betrug bei einem gesamten Jahresverbrauch an sämtlichen Treibstoffen von rund zwei Millionen Tonnen. Die Kosten der Anlage werden auf 250 Millionen Mark geschätzt. Diese Viertelmilliarde soll aufgebracht werden, indem von jedem Braunkohlenunternehmen zwei Mark Abgabe pro geförderte Tonne erhoben wird. (Die jährliche Förderung betrug 1929 rund 174 Millionen, und 1932, dem Jahre des Tiefstandes, 132 Millionen Tonnen.)

Die Aufbringung einer so hohen Summe bedeutet natürlich eine Belastung der Braunkohlenindustrie, einer der reichsten und profitabelsten der deutschen Industrien, die erst nach dem Kriege ihren großen Aufschwung genommen, aber auch die Krise am besten überstanden hat. Die Aufbringung wird auch für die kleineren und schwächeren Unternehmungen schwierig sein und die Inanspruchnahme von Krediten bedeuten, die ihnen aber wohl unter Garantie des Reiches oder der Reichsbank werden zur Verfügung gestellt werden. Einzelne Großunternehmungen haben bereits mit dem Verkauf ihrer Effekten begonnen, um sich die notwendigen Barmittel zu verschaffen. Das hat zu einem Kursdruck auf die Börsen geführt, der noch gesteigert wurde durch das Sinken der Braunkohlenaktien selbst, da ja die Aufbringung einer so bedeutenden Summe zunächst eine Belastung und Verminderung der Rentabilität bedeutet. Endgültig wird aber der Erfolg von der Rentabilität des neuen Unternehmens abhängen.

Nun ist die Benzinerzeugung durch Kohlenverflüssigung teuer.

Man darf annehmen, daß die Kosten für Kunstbenzin heute viermal so hoch sind als für Naturbenzin.

Aber es besteht kein Zweifel, daß das Reich die »Wirtschaftlichkeit«, das heißt den Profit des neuen Unternehmens garantieren und durch Zölle oder sonstige Einfuhrregulierung einen so hohen Benzinpreis auf dem inneren deutschen Markt aufrechterhalten wird, daß die Rentabilität der Anlage gesichert bleibt. Andererseits aber werden die neuen Anlagen frühestens erst in zwei Jahren fertig sein. Sie sollen rasch amortisiert werden und deshalb der Ertrag auf das Kapital auf 4 Prozent beschränkt bleiben. Für die Braunkohlenunternehmungen, die heute zumelst weit höhere Dividenden abwerfen, bedeutet ihre Heranziehung zu dieser Zwangsinvestition jedenfalls eine Minderung des gegenwärtigen Ertrages.

Die Gewißheit, daß der Benzinpreis auf solcher Höhe gehalten wird, dürfte auch die I.G.-Farben veranlassen, ihre bisher zurückgestellten Projekte zu verwirklichen und ihre Benzinproduktion in Mitteleuropa erheblich zu erweitern. Der Ruhrkohlenbergbau selbst wird vorläufig nicht herangezogen, aber nach der »Frankfurter Zeitung« beabsichtigt ein Großunternehmen mit einem Kostenaufwand von 50 Millionen ein neues Benzinwerk zur Verflüssigung von Steinkohle zu errichten. Jedenfalls ist also mit einer außerordentlich starken Vermehrung der gesamten deutschen Treibstoffproduktion für die nächste Zeit zu rechnen. Die Ausdehnung der Benzinproduktion ist zwar der bedeutendste, aber nicht der einzige Schritt zur

Die Kontrolluhr und die neue Zeit

Auf Dr. Leys speziellen Wunsch werden in Deutschlands Fabriken nach und nach die Kontrolluhren verschwinden, da sie »dem Geist der neuen Zeit nicht entsprechen«. Das ist mal ein wirklich sozialer Gedanke, nicht wahr? — Einen Augenblick, nicht so schnell bitte! — Die Kontrolluhren werden abgeschafft, aber an ihre Stelle tritt — ein allmorgendlicher Betriebsappell! Die Kontrolluhr zu bedienen war das Werk eines Augenblicks, zum Betriebsappell gehören Heilrufe, Hackenzusammenschlagen und womöglich goldene Worte aus dem Munde des »Betriebsführers«. Das entspricht zwar in der Tat der »neuen Zeit«, aber es erfordert auch Geduld. Die Arbeiter werden künftig etwas früher zu erscheinen haben, denn wie käme der Unternehmer dazu, den Appell auf seine Kosten in die Arbeitszeit zu verlegen! So kann man wohl sagen, daß die Arbeiterschaft durch die Abschaffung der Kontrolluhr erheblich gebessert ist. Eine wahrhaft soziale Tat!

Das Verhältnis zwischen Betriebsführer und »Gefolgschaft« wird überhaupt immer inniger, so innig, daß die Arbeitsfront etwaige Beschwerdeführer aus den Belegschaften, die Gerechtigkeit fordern und nicht vergessen können, was eine Arbeiterorganisation einst für Aufgaben hatte, als Meuterer behandelt und bestraft. Die »Berliner Botschaft« berichtet:

»Nach einer Pressemeldung wird in den Veröffentlichungen der Deutschen Arbeitsfront ein grundsätzliches Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin erörtert, das die wichtige Frage der Autorität des Betriebsführers zum tieferen Inhalt hat. Es hatte ein Gefolgsmann einen Bericht über Mißstände in seinem Betriebe aufgestellt und diesen Bericht zur Weitergabe an die Deutsche Arbeitsfront dem Zellenobmann übermittelt. Der Bericht war aber in einer außerordentlich scharfen Form gegen den Betriebsführer gerichtet und enthielt eine stark ehrverletzende Darstellung.

Der Gefolgsmann wurde darauf entlassen, und das Landesarbeitsgericht Berlin bestätigte die Entlassung. In den Entscheidungsgründen erklärte es, daß solche Berichte keineswegs dem Aufbau des deutschen Arbeits- und Wirtschaftslebens förderlich seien, sondern nur geeignet sein könnten, das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft allgemein zu untergraben.«

»In dem Kommentar der Deutschen Arbeitsfront« so heißt es weiter, »wird das Erkenntnis grundsätzlich gebilligt.«

Aus der vertraulichen Mitteilung eines Arbeiters an seine »Arbeitsfront« — an die lachende Erbin der Gewerkschaften! — wird dem Beschwerdeführer ein Strick gedreht, die

industriellen Autarkie. Auch für die Produktion zum Ersatz der Faserstoffe, für Vistra, Wollstra usw. werden große und kostspielige Investitionen geplant. Da man für deren Errichtung kaum eine leistungsfähige Industrie heranziehen kann, so werden direkt oder indirekt neue staatliche oder Notenbankmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

All diese Maßnahmen werden der deutschen Öffentlichkeit damit schmackhaft zu machen versucht, daß durch sie eine neue Investitionskonjunktur entstehen werde, die die Minderbeschäftigung infolge des Exportrückganges ausgleichen soll.

Es handelt sich aber um Fehlinvestitionen.

Der Ersatz von Produkten durch andere, die das Mehrfache kosten, bedeutet steigende Unproduktivität der Gesamtwirtschaft, Sinken des Sozialprodukts, des Gesamtergebnisses der Wirtschaft und damit der Lebenshaltung, neue Erschwerung des Exports und infolgedessen Vermehrung der Rohstoffnot. Und diese ist akut, während die Inbetriebsetzung der neuen Anlagen Jahre dauert. Dazu kommt die Schwierigkeit der Aufbringung der großen Kapitalbeträge aus einer schrumpfenden Wirtschaft, die sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüberstellt, auch nur die normalen Beträge für die Erhaltung und die Erneuerung der Produktionsmittel aufzubringen. Aber die Diktatur hat keine Wahl. Immer aufs neue muß sie versuchen, durch politischen Zwang die ökonomische Vernunft zu vergewaltigen. Das Opfer wird die Wirtschaft und mit ihr alle gesellschaftlichen Klassen. Die Arbeiter waren die ersten und sie leiden am schwersten. Aber sie bleiben nicht die einzigen, die der zunehmende Ruin der Wirtschaft in seinen Strudel herabziehen wird. Dr. Richard Kern.

Arbeitsfront billigt das »grundsätzliche« — und dafür müssen die deutschen Arbeiter auch noch Beiträge zahlen!

Neuer Nazi-Mord an der Waterkant

Wir wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Hitler-Inquisition an der Waterkant ein neues Todesopfer auf dem Gewissen. In Bergedorf bei Hamburg wurde kürzlich bei dem kommunistischen Jugendführer Ferdinand Buhk eine Haussuchung durch die Gestapo vorgenommen. Obschon bei dieser nicht das geringste an Verdachtsmaterial gefunden wurde, nahm man Buhk fest und transportierte ihn ins Gefängnis. Nach drei Tagen erhielten die Angehörigen die Nachricht, der Gefangene habe sich in seiner Zelle erhängt. Buhk war auch in sozialdemokratischen Jugendkreisen Hamburgs bekannt. Niemand, der dem jungen Mann näher gestanden hat, ist davon zu überzeugen, daß es sich wirklich um einen Selbstmord handeln könnte, er ist vielmehr einfach den Mißhandlungen erlegen, denen er nach seiner Verhaftung unterlag. Dafür spricht auch die Heimlichkeit seiner Beerdigung. Allein der Inhaber der Firma, in der der junge Mann beschäftigt war, durfte am Grabe ein paar nichtssagende Worte sprechen.

Landsknechtslage

Die SA — oder vielmehr das Häufchen, das von der einstigen SA noch übrig blieb — langweilt sich. Die Schinderposten in den Konzentrationslagern hat die SS geschnappt. Saalschlachten gibt es nicht mehr, Uebergriffe auf die Villen der reichen Leute — früher galten sie als Heldentat — sind streng verpönt. Die SA ist enttäuscht.

In der SA-Beilage der »Bauernzeitung Rhein-Main-Neckar« liest man:

»Es ist nichts mehr, früher war es doch schöner!« So oder ähnlich hört man oft die alten Kameraden klagen, die die Zeit des Kampfes in jeder Lage vor der Macht ergreifung mitgemacht haben. Jawohl, es war doch anders und schöner. Wie interessant war es doch, zusammenzukommen, um so mehr, wenn es verboten war, und irgend einen Streich gegen unsere Gegner auszuhecken und dann mit Mühen und Gefahren zur Ausführung zu bringen.

Die Zeitung sucht zwar weiter unten die alten Kämpen pflichtgemäß zu trösten — man sei ja immer noch eine politische Truppe, man könne ja Andersdenkende durch Milde bekehren und sich so die Zeit vertreiben, man dürfe sogar gelegentlich ein paar Marxisten prügeln (»denen, die alles besser wissen... gehört die Faust aufs Auge!«) und alles in allem sei es doch eine ganz nette Zeit. Wir bezweifeln aber, daß die braunen Landknechte sich so leicht bekehren lassen. »Früher war es eben doch schöner«, werden sie sagen.

Träume und Schäume in der Geschichte

„Man muß träumen können.“
(Lenin.)

I.

Welche Rolle das Irrationale, das mit dem bloßen Verstand nicht zu Fassende, in der Politik spielt, hat uns in neuerer Zeit der Faschismus gelehrt. Aus dem Krankheitsboden nothafter Jahre schießen plötzlich Bewegungen hervor, die mit scheinbar neuen Phrasen nur so um sich werfen, alle intellektuelle Erzur so um sich werfen, alle intellektuelle Erkenntnis leugnen, sich an Denkfaulheit und fragwürdigste Masseninstinkte wenden und trotz aller Armseligkeit und Vernunftwidrigkeit ihrer zusammengeflüchten Gedankenwelt wachsen und herrschend werden. Menschen, die bis dahin gewohnt waren, der Logik zu gehorchen, pfeifen plötzlich auf kritische Einwände, laufen Rattenfänger melodien nach und geraten in einen Traum hinein, der ihnen allen Sinn für Tatsachen und Wirklichkeiten raubt. Denn Träume bestimmen nicht nur das Seelenleben des Einzelnen, sie wirken noch mächtiger, verwirrender, schöpferischer oder zerstörerischer, wenn sie ganze Gruppen, Schichten, Völker erfassen, und machen einen beträchtlichen Teil des Gefühls- und Gemütslebens aus. Gewiß sind es in erster Linie das materielle Sein und die rationalen Erkenntnisse, die das politische Bewußtsein am stärksten formen, aber alle sozialen Zielsetzungen beginnen als Visionen, von Sehnsucht und Phantasie erschaut. Und immer wieder steigen aus dem Unterbewußtsein kleiner oder großer Gruppen angestaute Verdrängungen in Traumgestalt hervor, fordern Erlösung, Verwirklichung oder Bändigung und werden so durch ihre unterirdische Kraft zu einer Realität, die in ihrer Beharrlichkeit sehr oft jeder greifbaren, beweisbaren Wirklichkeit trotzt.

II.

Die irrationalste aller Mächte, die Religion, stammt aus Furcht und Träumen. Der Angsttraum ist so alt wie das Menschengeschlecht. Im Schlafe löste sich seit je vom Urgrund der Menschenseele alles, was an Schrecken, Gefahren, Not in ihm und um ihn war, und nahm Gestalt an. Diese Lebensangst begleitet ihn von der Wiege bis zur Bahre, von der Urzeit bis in unsere Tage. Denn die Traumschrecken weichen nicht mit der Nacht, sie bleiben, sie wachsen in Notzeiten, sie kommen aus dem Unerforschlichen des großen Raumes, sie erwachsen aus der Hilflosigkeit, die das Menschengeschlecht vor den wechselnden Gewalten des Schicksals zeigte; sie werten sich auf fortgeschrittenen Stufen zum ewigen Weltangsttraum und bevölkern die menschliche Phantasie mit Göttern und Teufeln, Dämonen und Engeln, Gestalten des Lichts und der Finsternis. Alle Religionen, christlichen Bewegungen und Utopien sind aus dieser ewigen Lebensangst geboren; alle suchen sie die Schrecken zu bannen, ewig brennt die Sehnsucht nach Beseitigung dieser Angst, nach Bändigung des Bösen, Drohenden, nach dem Hellen und Retter. Aus dieser Angst vor dem Unerforschlichen entstehen Wunschträume vom Reich der Glückseligkeit, von der Ueberwindung aller irdischen Ängste. Erschütterungen des sozialen Lebens gebären immer wieder Weltuntergangsvisionen, die mit christlichen Hoffnungen im Kampfe liegen, schleudern Hellende und Schwärmer, Narren und Führer in den Mittelpunkt des Geschehens. Jünger finden sich, Massen folgen ihnen besinnungslos durch dick und dünn, werfen in Fieberszuständen der großen Erwartung ihr Hab und Gut von sich, opfern, kreuzigen, geißeln, töten sich und andere. Und immer wieder versagen Meister der Verheißungen, immer wieder zerschellen glühende Illusionen an rauen Wirklichkeiten, aber die Sehnsucht nach Ueberwindung der Angst bleibt und zeugt neue Träume. Manche von ihnen verändern die Umwelt, manche erweisen sich als Schäume.

III.

Diesen Wunschträumen der Menschheit hat der österreichische Schriftsteller René Fülöp-Miller ein Buch gewidmet: „Führer, Schwärmer und Rebellen“ (Verlag Bruckmann, München.) Das Buch will sich nur mit solchen Situationen beschäftigen, „wo Träume gestaltend auf das Leben der Menschheit eingewirkt haben“, aber es will gleichzeitig die philosophischen Zusammenhänge geben, wodurch das bunte Kale-

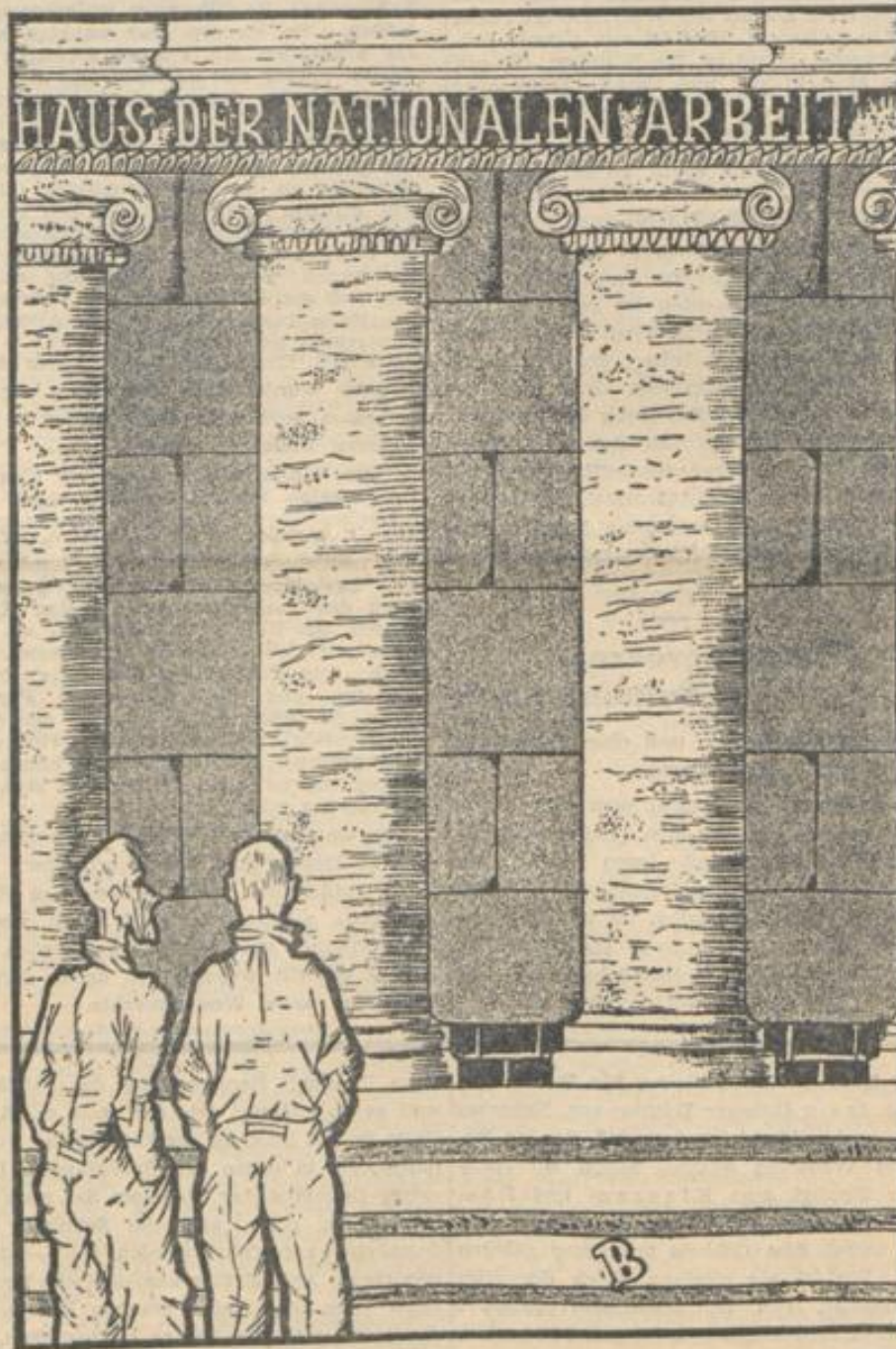
idoskop der sozialen Massenträume und ihre ideellen Wurzeln zu einem etwas willkürlichen Gemisch wird. Soweit Fülöp-Miller mit seinem historischen Streifzug etwas beweisen will, so die These: alle bisherigen sozialen Strömungen sind darauf ausgegangen, das Schicksal, das Unberechenbare zu bannen, aber gerade aus dem unberechenbaren Schicksalhaften erwachsen der Menschheit immer wieder neue Kräfte, es zwingt zum Kampf, zu heroischer Lebensauffassung — und prompt landet er beim Faschismus. Und nun, in diesen letzten Kapiteln, beginnt ein tolles Durcheinander der Widersprüche. Bis dahin waren die großen leitenden Gedanken und Prinzipien einigermaßen klar, weil der Verfasser aus dem vollen Ideenborn der Kulturgeschichte schöpfen konnte, aber sowie er

tion oder von Charakter- und Gesinnungsqualitäten entschieden werden. Der Verfasser reklamiert Nietzsche fürs Hakenkreuz und weiß, welche Ohrfeigen der Autor des Uebermenschen dem Deutschtum, dem Germanenrummel und aller antisemitischen Rassefatzkerel erteilt hat. Der neue Philosoph Hitlers redet vom Mythos der Nation wie von etwas Bleibendem im ewigen Wechsel aller Dinge und weiß, daß es in der Entwicklung u. a. auch Gesetze gibt, wie die fortschreitende Technik, die Spezialisierung, die Vereinigung der Menschengruppen zu immer größeren Einheiten, daß also zu dem Berechenbaren und Vorauszusehenden die wachsende Hilflosigkeit des Nationalismus gehört, dessen Endlichkeit kein anderer als Mussolini mit seinem internationalen Schrei nach der euro-

nüchtern erscheinende Gegenwartsziele durch den Appell an die Phantasie zur lockenden Vision zu machen und krankhafte, pathologische Massenstimmungen sachgerecht zu beeinflussen, zu lenken und zu nutzen, wie etwa der Seelenarzt das Unterbewußtsein des Patienten zu behandeln weiß. Versteht er es nicht, so besorgt es ein Kurpfuscher — die Resultate sind bekannt. Es gehört zu den boshaftesten Witzten der Geschichte, daß sie in Ermangelung wirklicher Führer oft die unmöglichsten Leute in Erlöserrollen drängt: Narren, Schwindler, Dirnen, Schariatane — abnorme Leute, vom Zufall auf den Schild erhoben. Keinerlei Enthüllung vermag ihren aus magischem Nichts entstandenen Nimbus zu zerstören. Und es sind gerade die pathologischsten Massenträume, die der Auflösung, der Entlarvung, der Ueberwindung durch kritische Erkenntnisse am hartnäckigsten trotzen. Wer sich selbst betrügt, hat sich selbst überzeugt, darum besitzt der Selbstbetrug „eine innere metaphysische Wahrheit...“ Der Mensch ist nicht nur eine Vergeßmaschine, sondern auch ein Selbstbetrugsautomat. Das Bedürfnis nach Illusionen, Blendungen und angenehmen Täuschungen ist — wie alle reaktionären Massenerkrankungen beweisen — mit der fortschreitenden Maschinisierung und Entseelung der Welt nicht geringer geworden. Darum hat es die Wahrheit in der Politik auch meist schwerer als die Lüge und muß ungleich mehr Opfer bringen.

Bruno Brandy.

Steine statt Brot



die Gedankenwelt des Faschismus umreißen soll, beginnt der Nebel, enthüllt sich die ganze Leere dieser Psychosen. Plötzlich umwirbeln uns Begriffe statt Gedanken, umtönen uns Phrasen wie Macht, Willen, Schicksal, Blut, Heroismus, Mythos... Wir erfahren da, daß der italienische Faschismus den „Primat des Willens“ verkündet und der Nationalsozialismus den „Primat des Blutes“ und daß der eine wie der andere damit der Entpersönlichung entgegen wirke. So täuscht sich ein Kritiker der sozialen Träume über den eigenen Kitschtraum! Einer wie Fülöp-Miller weiß recht gut, daß die Faschismen aller Arten überall einer Zwangsjacke gleichen und daß die Mechanisierung des Menschen in Hitler-Deutschland durch die staatlich organisierte Kasernierung und den ödesten Herdenbetrieb verschärft wird. Er behandelt den hakenkreuzerischen „Mythos der Rasse“ als etwas Einheitliches, Festes, dabei weiß er, daß Hitlers Rasse-theoretiker noch darüber streiten, ob die Rassemerkmale vom Blut oder von der Konstitu-

pischen Wirtschaftsverständnis bereits angekündigt hat. Gewalt, Gewalt — zu welchem Ende? Auch Fülöp-Miller weiß darüber nichts auszusagen, und so fehlt uns die Ueberzeugung. Es ist ein Buch für den hitlerdeutschen Markt, und diese Erörterung lohnte sich lediglich deswegen, weil sich auch an dem Buch dieses Edel-faschisten zeigt, daß es keine faschistische Theorie, kein faschistisches Weltbild, sondern lediglich eine von überallher zusammengeborgte braunschwarze Phraseologie gibt, die am Ende des kapitalistischen Zeitalters gerade noch zu einem verrückten Nottraum verelendeter und verwirrter Schichten reicht.

IV.

Wir Sozialisten haben an der machtvollen Mission des sozialistischen Zukunftstaates erfahren, welche Werbekraft der traumhaften, vorwärtsweisenden Utopie innewohnen kann, aber die Gefahren wirklichkeitsfeindlicher Massenträume haben wir nicht genügend beachtet. Es sollte zur Kunst sozialistische Politik gehören, auch

Vandalismus aus Feigheit

Wenn man eben noch mit einem letzten Rest Glaubens an eine gewisse Anständigkeit und Festigkeit der Menschennatur gemeint hat, daß das im Dritten Reich Verbrochene nicht mehr überboten werden könne, straft einen der nächste Tag doch immer wieder Lüge. So wurde hier letzthin von der liebedienerischen Gesinnungslosigkeit der Verleger und Professoren gesprochen, als ob diese nicht mehr zu übertreffen wäre, aber die Tatsachen belehren uns eines anderen: der Verlag Th. Knaur Nachfolger in Berlin vereint in sich die Feigheit seiner Berufsgenossen und die Scheiterhaufenbarbarei jener professoralen und studentischen Henkersknechte, die die besten deutschen Bücher bespüren und verbrannt haben.

Wir wußten von diesem Verlage Knaur schon längst, daß er sein treffliches kleines »Konversationslexikon A—Z« unmittelbar nach Hitlers Machtantritt aus dem Handel zog, weil dort der »Führer« als »Dekorationsmaler« verächtlich gemacht war. Man konnte die Maßnahme immerhin noch mit dem ersten Schrecken entschuldigen, der über die Deutschen im März 1933 gekommen war, aber für die neueste Niedertracht des Verlages kann diese Ausrede nicht mehr gelten: er läßt nämlich 30.000 — jawohl, in Worten: dreißigtausend! — Exemplare der »Geschichte der Kunst« von Richard Hamann einstampfen, weil der »Völkische Beobachter« das Buch verrissen hat!

Wie sollte aber auch der »Völkische Beobachter« ein Werk loben, das von der ersten bis zur letzten Zeile ein Meisterwerk ist, geladen mit Originalität, Wissen und wunderbare volkerzerberischer Kraft? Denn eine solche Kunstgeschichte wie die Hamanns war noch nicht da: an tausend Seiten stark, mit 1120 zumeist neu aufgenommenen Bildern geschmückt, um den Spottpreis von Mk. 4.80 jedem Interessierten erreichbar, gibt sie nicht nach überkommener Art Biographien, Stilbeschreibungen und Stilentwicklung, sondern sie stellt das künstlerische Schaffen mitten in den lebendigen Fluß der europäischen Gesamtkultur und zeigt immer wieder, wie man die Kunstwerke ansehen muß und was ihren besonderen künstlerischen Wert ausmacht.

Sie leitet durch all das zum selbständigen Miterleben und kritischen Erfassen an, wie es noch keine kürzere Kunstgeschichte traf, und das mag in den Augen des »Völkischen Beobachters« ihr eigentliches Verbrechen sein; aber darf es den Mitschöpfer des Buches, den Verleger, der einen imposanten organisatorischen Apparat aufgebaut hat, um diese

Heil Hitler!

einzigartige Leistung zustande zu bringen — darf es ihn voranlassen, seine beste Schöpfung in dreißigtausend Exemplaren einzustampfen? Handelt er nicht noch zehnmal unmenschlicher als die Herren Studiosen, die unter die Bücherscheiterhaufen die vernichtenden Brände legten? Denn die zerstörten etwas, was sie in ihrer nationalsozialistischen Unbildung nicht kannten und was ihnen ihre eben so unwissenden »Führer« als wahres Teufelswerk hingestellt hatten. Der Verlag Knauer aber überantwortet dreißigtausend Bücher dem Nichts, von denen er weiß, daß sie unendliches Licht und unendliche Freude in zahllose Herzen tragen könnten, er wütet gegen den Geist, den er selber mitschaffen half! Schande über ihn! Und die Schande der Geschichte über jene, die das deutsche Volk zu so unsäglichen Ausschreitungen der Feigheit und Gestinnungslumperei fähig gemacht haben!

In ein Fischgeschäft im Proletarierviertel tritt ein junger Arbeiter. Früher sah man ihn Abend für Abend unter den debattierenden Kommunisten an der Straßenecke stehen. Damals ging es noch gegen Braun und Severing.

»Heil Hitler! Ich möcht 'n Rollmops.«

Ein anderer Arbeiter, der im Laden steht, kennt ihn und sagt geringschätzig: »Dir ist wohl nicht gut? Heil Hitler — das hast Du hier nötig, was?«

Der junge Mann bekommt seinen Rollmops, wendet sich um und antwortet: »Da hast Du eigentlich auch recht! — Heil Hitler!«

Und raus ist er.

Im Zwickauer Kohlenrevier kommt ein Kumpel in eine Kneipe und grüßt: »Heil Hitler — und den Andersdenkenden ein herzliches Glückauf!«

Alle lachen und grüßen: »Glückauf, Schorsch!«

In einer thüringischen Kleinstadtschule

läßt der Lehrer die Kinder in der Bibel die Geschichte von Rebekka lesen.

Abraham schickt seinen Knecht aus nach seinem Vaterland mit dem Gebot, dort ein Weib für Abrahams Sohn Isaak zu freien.

»Also nahm der Knecht zehn Kamele von den Kamelen seines Herrn, und zog hin, und hatte mit sich allerlei Güter seines Herrn, und machte sich auf, und zog gen Mesopotamien, zu der Stadt Nahora. Da ließ er die Kamele sich lagern außen vor der Stadt bei einem Wasserbrunnen, des Abends um die Zeit, wann die Weiber gepflegt herauszugehen, und Wasser zu schöpfen.«

Dort betet er und bittet den Gott Abrahams um ein Zeichen, welche von den Töchtern der Stadt er für Isaak freien soll. Die soll es sein, die ihm zu trinken geben und seine Kamele tränken wird.

»Siehe, da kam heraus Rebekka, Bethuels Tochter, und trug einen Krug auf ihrer Achsel. Und sie war eine sehr schöne Dirne von Angesicht, noch eine Jungfrau, und kein Mann hatte sie erkannt. Die stieg hinab zum Brunnen, und füllte den Krug, und stieg her-

auf. Da lief ihr der Knecht entgegen und sprach: Laß mich ein wenig Wassers aus Deinem Krüge trinken. Und sie sprach: Trink, mein Herr; und eilend ließ sie den Krug hernieder auf ihre Hand, und gab ihm zu trinken. Und da sie ihm zu trinken gegeben hatte, sprach sie: Ich will Deinen Kamelen auch schöpfen, bis sie alle getrunken. Und eilte, und goß den Krug aus in die Tränke, und lief abermals zum Brunnen, zu schöpfen, und schöpfte allen seinen Kamelen.«

Und so weiter im Texte, 1. Buch Moss, Kapitel 24.

Nachdem die Geschichte gelesen ist, läßt der Lehrer die Kinder satzweise die Geschichte nacherzählen. Als das Mädel des Grünwarenhändlers Vetterlein an die Reihe kommt, erzählt es: »Und da kam Rebekka mit den Elmern an den Brunnen und wollte Wasser holen. Und da sagte Rebekka: »Heil Hitler, Isaak! Du hast wohl mächtig Durst?«

Weil aber alle, Kinder und Lehrer, schallend lachten, konnte die kleine Vetterlein nicht weitererzählen. Manfred.

Ein Arbeiter wundert sich — und wird dafür gerüffelt.

Ein deutscher Ruhrarbeiter machte unlangst mit seiner Frau einen sonntäglichen Redausflug. Auf der Heimfahrt kamen sie an einer Gaststätte vorbei und wollten einkehren. Aber siehe — vor der Gaststätte waren lauter unheimlich elegante Automobile aufgereiht — etwa 400 an der Zahl — und fast von jedem wehte ein Hakenkreuzfähnchen. Der Arbeiter und seine Frau fühlten sich unbehaglich in so feudaler Gesellschaft, sie machten kehrt. Daheim setzte sich der Mann hin und schrieb an den »Ruhrarbeiter«, das amtliche Organ der Deutschen Arbeitsfront, Gau Essen, einen Brief, in dem es hieß:

»Wir sahen die Menschen, die in ihren Automobilen ankamen. Es kam uns angesichts der vielen Automobile einmal so recht zum Bewußtsein, was für arme Teufel wir sind. Meine Frau fragte mich dann, da sie fast an jedem Auto Hakenkreuzwimpel sah: Karl, meinst Du auch, daß diese Leute alle für Hitler sind, sind das auch Nationalsozialisten? — Ob ich wollte oder nicht, ich nahm mir all die vornehmen Besucher unter die kritische Lupe und sah das satte und behäglich, ohne Nahrungsorgen lebende Bürgertum, so wie es unser Führer in seinem Buche »Mein Kampf« so treffend geschildert hat...«

Und das Organ der Deutschen Arbeitsfront druckte den Brief ab. Aber nicht zum Zeichen des Einverständnisses. Im Gegenteil! Der Arbeiter, der es gewagt hatte, sich zu wundern, der es gewagt hatte, Wort und Wirklichkeit im Dritten Reich zu vergleichen, der Hilfe von der Arbeitsfront erwartete, weil er sich selbst in all den Widersprüchen nicht zurecht fand, bekam einen gepfefferten Rückel:

»Zunächst — wenn unser Freund sich auf das Buch des Führers »Mein Kampf« bezieht und daraus die Abneigung des Führers gegen das Wohlleben des Bürger schlechthin ableiten will, so ist er einem großen Irrtum zum Opfer gefallen. Offenbar will der Führer bei seiner Kritik am liberalen Bürgertum nichts anderes, als die politische Verantwortungslosigkeit des Bürgertums geißeln... Zweitens ist gegen die Ausführungen unseres Volksgenossen einzuwenden, daß das betreffende Lokal, ein gutbürgerliches Kaffee-Restaurant ist, und

daß man dort für einen unbedingt annehmbaren Preis eine gute Tasse Kaffee trinken kann... Aber unser Freund ist bei seinen Beobachtungen dem marxistischen Neidgefühl zum Opfer gefallen. Das bloße Neidgefühl hat auf der Welt noch nie etwas Gutes vollbracht. Neid ist sein eigener Folterknecht! Neid ist die Schlange, die auf der Erde kriecht und zischt. Wenn aber unser Freund beim Lesen dieser Zeilen kleinnützig werden und mit »abere« und »wenn« unsere Argumente aus der Welt zu streifen versuchen sollte, so erinnern wir ihn an das Sprichwort: »Aber, Wenn und Gar sind des Teufels War.«

Fast könnte man meinen, es habe sich ein Meckerer in die Redaktion geschlichen, denn mit blöderen Argumenten ist selbst in der Göbbels-Presse selten diskutiert worden. Dennoch muß der Ruhrarbeiter, der den Brief schrieb, sehr vorsichtig sein, denn wenn er nach der erhaltenen Belehrung immer noch ein »Wenn und Aber« hat, läuft er Gefahr, ins Konzentrationslager geschafft zu werden. Vielleicht sogar per Automobil, damit er künftig nicht mehr behaupten kann, Automobile seien nicht für deutsche Arbeiter gebaut.

Der Führer bevorzugt Seitenstraßen

Bestrafte Neugier — und eine »bleibende Erinnerung«.

Der Führer scheint nicht ganz davon überzeugt zu sein, daß er sein Haupt ruhig in jedes Untertanen Schoß legen könnte. Er nimmt immer mehr die Gewohnheit an, plötzlich aufzutauchen, plötzlich zu verschwinden und die Straßen, in denen er erwartet wird, nicht zu benützen. Bescheidenheit ist das nicht — was mag es wohl sonst sein?

Als Hitler jüngst in Hannover weilte, hieß es im »Hannoverschen Anzeiger«:

Zehntausende standen am Sonntagabend in den Straßen am Oberpräsidium, um den Führer und Reichskanzler willkommen zu heißen. Sie standen und wankten nicht, bis schließlich ein Polizeikraftwagen das Spaller abfuhr und mitteilte, daß der Führer bereits im Oberpräsidium eingetroffen sei.

Am Montagmorgen erlebte Hannover das gleiche Bild. Wiederum standen die Menschen an dem zum Flughafen führenden Straßen und erwarteten den Führer. Leider erlebten auch sie eine Enttäuschung, die Stunden gingen dahin... bis schließlich die langen Reihen die Nachricht entlang lief, daß der Führer nicht zur Vahrenwalder Heide hinausfahren werde. Allmählich zerstreuten sich dann die Massen.

Aber eine Einwohnerin der guten Stadt Hannover wurde doch vom Glück verfolgt und bekam auch noch ein Denkmal in dem erwähnten Blättchen gesetzt:

Der Führer verließ Hannover über die Langensalza- und Meterstraße. Auf der menschenleeren Meterstraße standen gegen Mittag zwei Frauen im Gespräch, als plötzlich mehrere Kraftwagen näherkamen. Die eine der beiden Frauen erkannte im Augenblick des Vorbeifahrens im ersten Kraftwagen den Führer und rief ihm ein von freudiger Ueberraschung getragenes Heil nach. Der Führer, der Zivil trug, drehte sich um und dankte grüßend. Für die Frau, die schon einige Stunden am Aegidientorplatz gestanden hatte, wird diese überraschende, ganz unerwartet kommende Begegnung mit dem Führer eine bleibende Erinnerung sein.

Das Sammeln »bleibender Erinnerungen« wird in Deutschland immer schwerer. Vor allem mißtrauen viele Leute dem Worte »bleibend«, seitdem sie erlebt haben, wie die Röhm-Freunde um ihre »unvergeßlichen Momente« geprellt wurden, von denen dargeist die Presse soviel Wesen machte.

Begeisterung

National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Oelsnitz i. V.

Oelsnitz i. V., den 11. August 1934

An alle

Zellen- und Blockleiter.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Parteigenossen glauben, es nicht mehr nötig zu haben, die Fahnen des 3. Reiches zu grüßen. Ich mache deshalb zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß ein Nationalsozialist den Fahnen aller Gliederungen der Bewegung die nötige Achtung erweist. Das ist so selbstverständlich, wie nur irgend etwas.

Weiterhin hat sich in erschreckendem Umfang ein Unterlassen des Grußes »Heil Hitler« feststellen lassen. Mit diesem herrlichen Gruß freudig einen anderen Pg. oder Volksgenossen zu grüßen und zu danken, ist doch jedem Pg. ein Herzensbedürfnis. Ein abgeschmacktes »Morjen«, »Tag« u. ä. wirkt disziplinlos. Hierbei sei auch gleich erwähnt, daß unser Gruß nicht bloß »Heil« heißt, sondern »Heil Hitler«. Jeder politische Leiter muß sich dessen bewußt sein, daß er ein Vorbild darzustellen hat und sich selbst nur durch Korrektheit, Disziplin und vorbildliches Benehmen die Achtung aller Vg. erwirbt und erhält.

Jeder Blockleiter hat innerhalb seines Blockes den Parteigenossen hiervon Kenntnis zu geben und für Abhilfe der eingerissenen Unsitten in humaner Weise (!) zu sorgen.

Heil Hitler!
gez. Unterschrift
Stellvertr. Ortsgruppenleiter.

Bestandaufnahme

Bestände werden aufgenommen
Von Hülsenfrüchten, Kaffee, Tee.
Man muß doch durch den Winter kommen!
Hunger und Autarkie tut weh...
Zwar heißt's, es sei für die Statistik.
(Muß die Statistik hungrig sein!)
Doeh auf geölte Rabulistik
Fällt mancher immer noch hinein.
Nur dumm, es scheint nicht recht zu laugen,
— Für braune Bonzen langt es wohl, —
Jedoch das Volk ist nicht zu fangen
Mit Redeschmalz und Phrasenkohl!
Drum prüft man ängstlich die Bestände.
Ein Raunen geht derweil durch's Land:
Wann geht es wohl mit euch zu Ende,
Wie lang hat Hitler noch Bestand?
Mucki.

Entartete Publikum

In anderen Ländern beginnt die Theatersaison wieder, in Hitler-Deutschland haben verschiedene Theater, die im Frühjahr noch bestanden, vorläufig nicht wieder eröffnet. Was wird von den anderen übrig bleiben? Die Nazipresse hat den Auftrag, stärkeren Theaterbesuch zu erpressen, denn wenn selbst die wenigen noch verbliebenen Theater leer sind, ist das ein zu drastisches Zeichen dafür, wie sehr das deutsche Drama und das deutsche Volk auf den Hund gekommen sind. Und so wird denn die Parole ausgegeben: »Wer dem deutschen Theater lebt, der lebt Deutschland.« So drückt ein gewisser Buch-

horn, brauner Gauamtsleiter für Presse und Kunst, in der Gubener Zeitung aus. Nebenbei wirft er den Marxisten vor, daß sie das Publikum verdorben hätten, indem sie »politische Predigt zum Klassen- und Rassenhaß auf die Bühne trugen...« Das wird selbst dem Göbbels zu plump gelogen sein. Wo ist ein einziges Stück der »Systemlinken«, das den Rassenhaß predigt?! Nachdem man in Gangsterien jeden Menschen von Geschmack mit der Rassenhetze der großen und kleinen Johste aus dem Theater geekelt hat — in einem Falle mußte Johst das Größte streichen, weil ausländische Pressevertreter protestierten — ist es wieder der Marxismus gewesen. So sehen jetzt deutsche Zeitungen aus.

Warum, wenn es nun mal im Hitler-Deutschland keine zugkräftigen braunen Autoren gibt, macht man fürs Theater nicht das nach, was jüngst der Malerei geschah? Da gabs in Dresden eine Ausstellung »Entartete Kunst«. Sie sollte zeigen, was undeutsch ist. Nicht nur die wildsten Expressionisten von ehemals, sondern auch Künstler, wie Feininger und Nolde gingen dort am Pranger. Keine Kunstausstellung des letzten Jahres war so besucht wie diese! Die Leute atmeten hörbar auf. Endlich sah man wieder einmal echte, freie, unabhängige Malerei, endlich mal eine wirklich künstlerische Abwechslung im monotonen Einerlei des braunen Kitsches. Warum arrangiert man in den deutschen Städten nicht eine Woche »Entartetes Drama« und spielt Strindberg, Wedekind, Shaw, Sternheim, Kaiser, Rößler usw. Rennen würden die Leute: Endlich mal wieder richtiges, freies, leben-

diges Theater! Rennen würde das Publikum, weil es so entartet ist, daß sich selbst die Nazis in den Stücken der Demokratie wohler fühlen, als in denen der Buchhörner. Denn obiger Gauamtsleiter Buchhorn hat auch eins geschrieben, eines aus der Schillzeit, was demnach aufgeführt werden soll — daher sein obiger Artikel fürs knalldeutsche Drama. Einer von den vielen braunen Dilettanten, die ihren amtlichen Posten mißbrauchen, um den eigenen Mist wehrlosen Direktoren aufzuzwingen!

Hoch die Volkskunde!

Nieder mit allen, die Volkskunde studiert haben!

Die Nationalsozialisten haben weder das Pulver noch die Volkskunde erfunden, so gern sie sich dessen zu rühmen pflegen. Es gab schon lange vor Hitlers Zeiten wissenschaftliche Vereine, die sich mit Volkskunde befaßten. Den Mitgliedern dieser ernst gemeinten Vereine sträubten sich die Haare auf dem Kopf, wenn sie den faustdicken Blödsinn betrachteten, der heute unter der Marke »Volk- und Rassenkunde« an die Menge zwangsverfüttert wird. Und weil ihnen ihre Sache am Herzen liegt, bringen sie's nicht über sich, zu schweigen.

In Heidelberg wurde kürzlich ein Volkskundetag begangen, dessen Verlauf die neudeutschen Rassisten bitter enttäuschte. Wo sie Honig zu saugen hofften, wurden ihnen essigsaurer Wahrheiten kredenzet.

Gleich in der Begrüßungsansprache ging Professor Dr. John Meier, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Volkskundevereine, kräftig

ins Zeug. Er erklärte klar und frei, es sei rassenkundlich unmöglich, von einer geistigen Autarkie des vorchristlichen Germaniens zu sprechen, vor allem aber sei die Verbindung der Begriffe »deutsch« und »nordisch« schon seit Jahren von der Wissenschaft als unrichtig anerkannt. Allerdings wisse er, so fügte der Professor mit bitterer Resigniertheit hinzu, daß »die Wissenschaft heute nicht hoch im Kurs steht.«

Die anderen Redner, durchwegs anerkannte Wissenschaftler, hielten gleichfalls nicht hinter dem Berg. Professor Koch, Gießen, wagte es sogar, die »bäuerliche Volksfrömmigkeit«, in der die Blubo-Leute einen »köstlichen Schatz germanisch-nordischen Seelentums« zu erkennen meinen, als finsternen Aberglauben abzutun.

Der »Völkische Beobachter« heult natürlich auf wie ein getretener Höllenhund:

»Uns scheint, daß sich die Volkskunde-Wissenschaft in einer falschen Sicherheit wiegt, wenn sie glaubt, sie habe es nicht nötig, sich gleichzuschaleten, weil sie schon Volkstumsarbeit zum Gegenstand hatte, lange bevor sie durch den Nationalsozialismus ihre entscheidende Wertschätzung erfuhr. Die innere Verbundenheit der deutschen Volkskunde-Wissenschaft mit dem Nationalsozialismus ist be-dauerlich locker.«

Daß ausgerechnet die deutschen Volkskundler gegen das rassedurchschwängerte Blut- und Bodenreich eine deutliche Oppositionstellung bezogen haben, entbehrt in der Tat nicht des Humors. Sie verstehen eben zu viel von der Sache — man wird sie kaltstellen oder kaltmachen, wenn sie ihre Kenntnisse nicht an den Nagel hängen.

Werkzeug der Unmoral

Man braucht gegen das Dritte Reich nicht zu polemisieren, es richtet sich schon durch seine Tatsachen! Wir reden nicht von den zahllosen Kriminellen, die die Reihen der »Erneuerer« überschweben; wir reden nicht von der Schlammschiff der Korruption, in der ganz Deutschland zu ersticken droht. Wir registrieren nur die Tatsache, daß die Justiz zum Werkzeug der Unmoral im persönlichen Leben des einzelnen geworden ist!

Vor uns liegt ein Bericht des Mannheimer »Hakenkreuzbanners« über Verhandlung des Badischen Sondergerichtes. Dieser Brief ist belletristisch nicht opponiert, sondern sachlich und doch wirken die schlichten Tatsachen, die er schildern muß, wie die bläsigste Satire eines genialen Anklägers.

Das ist — nach dem »Hakenkreuzbanner« — der Tatbestand: Schiffsführer Friedrich D. aus Kehl lebt in unglücklicher zweiter Ehe. Seine Frau will sich scheiden lassen, so sucht sie sich Gründe. In einem an das Fürsorgeamt in Mannheim gerichteten Schreiben deutet die Frau »so ganz nebenbei« an, daß ihr Mann schon verschiedene Male kommunistische Druckschriften über die holländische bzw. eisassische Grenze gebracht habe.

Das Fürsorgeamt reagiert prompt auf diese niederträchtige Denunziation; »fürsorglich«, wie es ist, beeilt es sich, den Schiffsführer bei der Gestapo anzuzeigen. Im Mannheimer Hafen wird das Schiff D.'s untersucht, man findet zwar keine »staatsfeindlichen« Schriften, aber die Frau und das Kind eines politischen Flüchtlings, die illegal aus dem Lande der Barbarei auszureisen trachteten.

Das Blatt berichtet weiter:

»D., der bei einer Schweizer Dampfschiff-Fahrtsgesellschaft angestellt ist, soll in der Zeit vom Sommer 1933 bis Februar 1934 vier bis fünfhundert Zeitungen, darunter die »Freiheit« und den »Gegenangriff« von Amsterdam und Straßburg heringebracht haben. Ob es sich um verbotene Zeitungen handelte, wußte D. angeblich nicht, jedenfalls habe er an einem Kiosk im Ausland verschiedene Blätter gekauft, gelesen und auch seinem Schwager N. gegeben.«

Deshalb erhält N., ein unbescholtener Bürger des Zuchthausstaates, ein Jahr Gefängnis. Deshalb wird der Schiffsführer D. zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

»Hätte der Inhalt der Zeitungen, die nicht mehr vorzufinden waren, auf Hochverrats-handlungen schließen lassen, hätte vor dem Reichsgericht auf Zuchthaus oder gar Todesstrafe erkannt werden müssen«, heißt es am Schluß des Berichtes.

Eingangs aber liest man sehr eindeutig: »Scheidungsgründe gesuchte« und zur Charakterisierung der Denunziation, die den Tatbestand nur »so ganz nebenbei« mitgeteilt hatte: »Auch dem Schwager N. ist Frau D. nicht hold gestimmt, denn er ist ihr

Völkerrecht — braun angestrichen

Im Dritten Reich werden die Wissenschaften nur insoweit geduldet, als sie sich den Zwecken der nationalsozialistischen Diktatur unterordnen. Jede Forscher- und Lehrtätigkeit, die diesen Zwang nicht anerkennt, wird unmöglich gemacht. Darum hat eine große Anzahl hervorragender Wissenschaftler, darunter nicht wenige von internationalem Ruf, nach der Etablierung des Dritten Reiches Deutschland verlassen und lehren heute an den Universitäten in Ländern aller Erdteile.

Die damit an den wissenschaftlichen Hochschulen und Anstalten in Deutschland eingetretene geistige Verödung konnte durch das Emporrücken von Lehrern und Forschern zweiter und dritter Garnitur nicht behoben werden. Dafür bemühen sich diese Kreaturen des faschistischen Regimes, die Ergebnisse früherer wissenschaftlicher Forschungen und Leistungen, wenn sie den jetzt geltenden Auffassungen nicht in den Kram passen, herabzusetzen oder zu vernichten.

In der in Genf erscheinenden »Friedenswart« berichtet Professor Wehberg über einen Fall, der allgemeiner Beachtung wert ist. Vor beinahe zwanzig Jahren wurde von Professor Stier-Somlo das Handbuch für Völkerrecht im Verlag Kohlhammer herausgegeben. Der Band über das Seekriegsrecht wurde von Professor Wehberg bearbeitet. Es ist kein Wunder, daß bei den bekannten »Rechts«auffassungen, die die Nationalsozialisten im Innern Deutschlands praktizieren und die sie auch im internationalen Völkerrecht verwirklicht sehen möchten, dieses Werk als ein unbehagliches Dokument aus der Vergangenheit empfunden wurde. Denn in ihm wird als Postulat die internationale

Schiedsgerichtsbarkeit im Verkehr der Völker gefordert. Die Nationalsozialisten aber sind Anhänger der Gewalt- und Vergeltungstheorie.

Das Dritte Reich brauchte ein neues Handbuch des Völkerrechts, mit dessen Herausgabe der nationalsozialistische Rektor der Universität Breslau, Prof. G. A. Walz, beauftragt wurde. Nach dem noch gültigen Vertrag darf der Band über das Seekriegsrecht von keinem anderen als von Wehberg bearbeitet werden. Vorsichtig erkundigte sich Prof. Walz bei Professor Wehberg,

wie er sich stellen würde, wenn bei der Neuherausgabe des Handbuches der Abschnitt über das Seekriegsrecht in Wegfall käme.

Wehberg antwortete, daß er die Erfüllung des Vertrages verlange und der Absicht nicht zustimmen könne. Er appellierte in einem Brief an den Verleger an die »großen Traditionen der großen deutschen Verleger«, die auch der Verlag Kohlhammer immer gepflegt habe, mit denen es jedoch nicht im Einklang stehe, wenn er »auch nur indirekt die Hand dazu bieten würde, mich aus durchsichtigen politischen Gründen aus dem Mitarbeiterstab des Handbuches zu entfernen.«

Das war ein vergeblicher Appell, wie der nachstehende Brief des neuen Herausgebers Professor Walz an Professor Wehberg beweist:

»Sehr geehrter Herr Professor Wehberg! Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat mich der Verlag Kohlhammer zur Neuherausgabe und Neuorganisation des Handbuches des Völkerrechts berufen. Das gesamte Handbuch soll in wenigen Jahren geschlossen vorliegen. Bei der Darstellung des Seekriegsrechts ist heute eine neue Bearbeitung des Seekriegsrechts notwendig. Angesichts

Ihrer bekannten politischen Stellungnahme und angesichts der Tatsache, daß nach dem buchhändlerischen Urteil jeder weitere Absatz Ihres Werkes heute aussichtslos ist, sehe ich mich veranlaßt, Ihren Beitrag bei der Neuorganisation des Handbuches auszuschneiden und einen neuen Bearbeiter mit der Darstellung eines den heutigen Verhältnissen Rechnung tragenden Seekriegsrechts zu betrauen. Ich möchte nicht verfehlen, bevor ich mit dem Prospekt an die Öffentlichkeit trete, Sie hiervon zu verständigen. Als neuer Bearbeiter ist Herr Oberregierungsrat Ekkardt in Berlin in Aussicht genommen. G. A. Walz.«

Diesem vom 4. Oktober 1933 datierten Brief, der tatsächlich ohne jede Höflichkeitsformeln schließt, folgte Anfang 1934 eine weitere Mitteilung an Professor Wehberg, nach der

die noch vorhandenen Exemplare des Seekriegsrechts von Wehberg eingestampft werden.

Professor Wehberg schließt die Berichterstattung über den Fall mit der Bemerkung: »Es bleibt der internationalen Gelehrtenwelt überlassen, zu entscheiden, welchen wissenschaftlichen Wert sie unter diesen Umständen dem von Herrn Walz geleiteten deutschen Unternehmen des Handbuches für Völkerrecht noch beilegen will.«

Der ganze Fall ist ein neues Beispiel für die Skrupellosigkeit, mit der die Nationalsozialisten die Wissenschaft unter ihre politischen Zweckbedürfnisse zwingen. Gleichzeitig enthüllt er die charakterlose Büttelrolle, zu der sich die heutigen wissenschaftlichen Leuchten Deutschlands hergeben. Professor Wehberg ist auf dem Gebiete des Völkerrechts eine international anerkannte Kapazität. Von dem Oberregierungsrat Dr. Ekkardt hat bisher noch niemand gemerkt, daß er überhaupt vorhanden ist.

Das Verleger-Paradies

Der Terror des Nazismus hat zu einem grotesken Vorfall geführt. Der Verlag Knauer, Berlin, hat die von ihm herausgegebene Kunstgeschichte von Haman in Höhe von 30.000 Exemplaren einstampfen lassen, nur weil sie eine ungünstige Kritik im »Völkischen Beobachter« erfahren hatte!

Wie sie sich blamieren

Das Hitlerregime hat sich ein neues Stückchen geleistet. Die Einfuhr der Werke der Nobelpreisträgerin Selma Lagerlöf nach Deutschland ist verboten. Frau Lagerlöf ist zwar keine »Nichtarierin«, sie hat aber nicht geögert, der Barbarendiktatur mehrfach ihre ganze Verachtung zu demonstrieren!

Reaktionär überall. In den Großstädten Hamburg, Bremen, Lübeck, Köln und Essen ist das System der Kasernierung der Prostitution wieder eingeführt worden. Die »Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten« hat dagegen protestiert, aber vergebens!

gewissermaßen als Aufpasser hinterlassen und somit im Wege.«

Als Revanche hat sie ihm gedroht: »Dir lege ich Dein Handwerk auch noch!«

So wird die Gemeinheit zur Kronzeugin der juristisch gebildeten Gangsterei!

So eriedigen Entartete und Verwirrte ihre privaten Angelegenheiten direkt in die Ohren der heiligen Gestapo hinein!

Pierre.

Das Friedensargument

Für Hitlers Friedensliebe liegt ein neuer Beweis vor. Bisher genügte dem großen Staatsmann der Hinweis, daß in Punkte »Waffenhre« ein weiterer Gang nicht erforderlich sei. Da sich diese Walze schon etwas abgeputzt hat, ist er auf etwas anderes verfallen.

»Seh'n Sie sich doch in Deutschland um — so äußerte sich der »Führer« jüngst zu einem ausländischen Pressevertreter, »das Volk steht unter schärfster Aufsicht; es trägt Ersatzstoffe; Kaffee, Tee, Kakao usw. werden knapp; der Verbrauch von Gummi, Metallen usw. ist streng rationiert; die Zwangs-

arbeit ist eingeführt. — — — wozu braucht das Volk wirklich noch Krieg, da es das alles schon im Frieden hat?«

M.

Ein Mann allein

Die Leere der deutschen Zeitungen kommt nicht von der Gleichhaltung — das ist die Entdeckung des Pg. von Leers. Er schreibt im »Deutschen Adelsblatt«:

»Man sage nicht, daß unsere Zeitungen inhaltlos geworden seien — es passiert tatsächlich weniger und die wichtigsten und entscheidenden Dinge werden von einem Manne allein gemeistert.«

Oeffentliches Leben — ausgeschaltet. Hitler denkt für alle, und die Presse wird zum Familienblatt. Es passiert ja nichts, wirklich auch gar nichts!

Wandlung

»Mein lieber Sohn«, sagte der alte Verbrecher auf dem Sterbebett, »ich hatte das Unglück, in einem finsternen Zeitalter geboren zu werden und so wurde ich Verbrecher. Du aber hast das Glück, im neuen Deutschland zu leben. Werde Staatsmann!«

aller Oeffentlichkeit, in den Stadtparlamenten, wurde zudem an den Leistungen der Anstalten strenge Kritik geübt. Jetzt ist die Oeffentlichkeit durch wohlredende Regierungszeitungen, die Kritik durch Propaganda ersetzt worden, das macht sich im Fürsorgewesen durch eine erhebliche Verschlechterung, durch beispiellose Schluder- und Mißwirtschaft geltend.

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« kommentiert den Ministerbesuch in der »Palme« übrigens reichlich boshaft. Sie schrieb:

»Wir können verstehen, eine wie große Befriedigung die Bewohner der »Palme« empfunden haben, als Dr. Göbbels, den sie so oft hörten, nun vor ihnen stand, um ihr Heim als erster Minister zu besuchen.«

Ihr Heim! — Das Heim, das jedem Deutschen vor dem 5. März 1933 versprochen worden ist! Der hohe Gast hat sich dort sicher so behaglich gefühlt, daß es ihm schwer fiel, nach einer halben Stunde in sein über die Maßen luxuriöses Heim zurückzukehren, und die Obdachlosen werden in ihrer Begeisterung keinen schnelleren Wunsch gehabt haben, als ihn für dauernd in ihrer Mitte festzuhalten.

Die Partei der Bastarde

Hitlerdeutschland kann vor Rassestheorien nicht aus den Augen gucken. Auf der Tagung Deutscher Aerzte und Naturforscher in Hannover berichtete L. G. Tirala-München über eine neue Auffassung der Entstehung der Homosexualität. Durch die Kreuzung von zwei Menschenrassen, die eine verschiedene Sexualkonstruktion hätten, werde ein neuer Sexualcharakter erzeugt, der sich

in verschiedenen Zwischentypen äußere. Diese Erschütterung des ursprünglichen Sexualcharakters zweier Rassen, die sich nicht glücklich ergänzten, versucht Tirala an historischen Beispielen aufzuzeigen:

Die männliche Homosexualität in Griechenland ist seiner Meinung nach aus der Kreuzung der nordischen Hellenen mit den Ureinwohnern Griechenlands, den Pellasgern, entstanden, die weibliche Homosexualität später beim Zusammentreffen mit den Völkern vorderasiatischer Rasse. Der Vortragende verlangte u. a. ein Eheverbot für Homosexuelle, weil diese ihre Charakterveranlagung weitergäben.

Wir fragen nicht, ob Hitler heiraten darf, sondern erwarten einen scharfen unterirdischen Kampf der NSDAP gegen diese neue Rassestheorie, denn wenn Homosexualität eine Folge ungünstiger und mannigfacher Völkervermischungen ist, so repräsentiert die Hitlerpartei demnach ein Maximum an verwerflichen Kreuzungen; sie wäre geradezu die Partei polizeiwidrigster Promenadenmischungen. Und da der völkische Stabsarzt Dr. Buttersack zur Aufbesserung der deutschen Mischrasse in einer Schrift energische »Rückkreuzungen mit echten Norden« verlangt, müßte sich Skandinavien vor jeglichen Kreuzungen mit braunen Mischungen energisch bekreuzigen — was es vor Tirala Theorie ohnehin schon tat. Will die Nazipartei die Enthüllungen des Münchener Forschers auf sich sitzen lassen?!

Die Phrasen kochen über!

Der Kreisleiter von Potsdam sah sich genötigt, seine Pgs. also zu rüffeln: »Sowohl die politischen Dienststellen

wie die staatlichen Behörden beklagen, daß das Bekenntnis zu unserem Führer und zur Weltanschauung der Bewegung vielfach heuchlerisch mißbraucht wird. Dieser Mißbrauch liegt dann vor, wenn es sich im Grunde genommen um nichts anderes als um den Eigennutz handelt. Fast grundsätzlich wird er mit dem Hinweis auf den Gemeinnutz getarnt und verbrämt. Beinahe jedes auch das eigennützigste Gesuch wird mit Berufung auf die großen Grundsätze der Partei und auf den Willen des Führers begründet. Es ist viel anständiger, Eigenbelange als solche anzumelden, statt sie als Belange des Gemeinnutzes zu verfälschen...«

Also auch das gemeine nationalsozialistische Fußvolk sagt schon »Gemeinnutz«, wenn es Eigennutz meint? Das ist natürlich eine Unverschämtheit! Wo führt denn das hin? Das Recht zu solchem Geschleime muß ein für allemal und grundsätzlich den Führern vorbehalten bleiben.

Märkischer Sand

»Der deutsche Kurzwellensender funkt um Mitternacht eine »havelländische Wanderung« über den großen Teich. Vier Stunden zuvor die letzte Probe. Im großen Senderaum stapet ein gemischter Chor der Hitlerjugend über die auf dem Fußboden provisorisch aufgelegten, mit Sand bestreuten Matten. — Märkischer Sand! — Und singen aus jungen Kehlen: »Märkische Heide, märkischer Sand, sind des Märkers Freude, sind sein Heimatland!«

(Aus dem Berliner »Film-Kurier«.)

Amerika, du hast es wirklich nicht besser!

Göbbels, der Leutselige

Der Herr Reichspropagandaminister Dr. Göbbels gefällt sich neuerdings darin, den Harun al Raschid von Berlin NO zu spielen, bald hier, bald da unerwartet in Heimen und Anstalten aufzutreten, die in keiner Weise zu seinem Ressort gehören, und sich dort ein bißchen fern zu lassen. Denn das unterscheidet ihn vom Kalifen des Märchens: dieser verachtete bei den heimlichen Rundgängen auf alle Titel und ließ die Gerechtigkeit leuchten, jener verzichtet auf die Gerechtigkeit und läßt alle Titel leuchten. Er hält eine Rede, läßt ein Heil auf sich ausbringen und wendet sich dann mit dem erhebenden Gefühl zum Gehen, daß der Göring sich schwarz ärgern wird, wenn er von der Sache erfährt.

Unlängst erschien der hohe Herr abends gegen 7 Uhr in der »Palme«, einem Berliner Asyl, um die Obdachlosen zu besichtigen, die es — lt. Göbbelspresse — eigentlich gar nicht mehr gibt. Auch hier der gleiche Visitenverlauf. Am nächsten Tage aber gab Harun al Göbbels an die Zeitungen die Nachricht weiter, er sei — der erste Minister, der die »Palme« je betreten habe. Daß diese Lobhudelei unmittelbar aus dem Propagandaministerium stammen muß, geht aus der Einmütigkeit hervor, mit der alle Berliner Blätter sie wiedergeben. Natürlich wurden die Asyls aller deutschen Städte in der Republik sorgfältig und oft besichtigt und geprüft — allerdings nicht durch einen Propagandaminister, sondern durch die zuständigen städtischen Fürsorgeleiter, die von der Obdachlosenfrage etwas verstanden und sie zu ernst nahmen, um daraus für ihren eigenen »Ruhm« Kapital zu schlagen. In

Der Untergang des Preußentums

Von Fred War.

Untertanengeist, Kadavergehorsam, Drill, Hackenklappen, Strammstehen, Kasernenluft, Parademarsch und dementsprechende Militärmusik — das ist Preußen? So sagt die Welt — und hat ein gewaltiges Argument auf ihrer Seite: die deutsche Gegenwart, Theorie und Praxis des deutschen Nationalsozialismus. Nach wenigen Jahren Demokratie ist die Lebensform des deutschen Volkes wieder die traditionelle Befehlsform geworden, die wir auf der Schulbank nicht nur während des Deutschunterrichts gelernt haben. Die Welt hat auf die preußischen Eigenarten nicht zu Unrecht Spott und Hohn geworfen. Sie tut es gegenwärtig leider wieder mit einem gewissen Recht, aber nur, soweit sie auf den offiziellen Nationalsozialismus Bezug nimmt, der sich durch nichts besser kennzeichnen kann als dadurch, daß er Friedrich II. von Preußen den ersten Nationalsozialisten nennt. In der Tat, der Nationalsozialismus ging soweit zurück, daß er bei Friedrich II. ankam! Die Praxis der SA, die Methoden der Justiz, das Spießrutenlaufen, das Zu-Tode-Prügeln von Menschen, die Mißachtung des Denkens, der Kasernenhofen, der Drill, das Exerzieren, das Strammstehen, der Untertanengeist, alles, was wir aus der preußischen Geschichte kennen, hat der Nationalsozialismus zu seinem Wesen gemacht. Oft sind die Parallelen verblüffend, etwa wenn man liest, wie sich das Spießrutenlaufen vollzog. Es ist — aus eigener Erfahrung sei es versichert — genau die Art und Weise, die wir in den alten Militärgefängnissen des heutigen Deutschen Reiches erleben. Die preußische Geschichte liest sich heute manchmal wie ein „Greuelmärchen“.

Den Weg des Drills beschränkt vor allem das alte Preußen. Aus seinen Eigenarten, seiner Geschichte und nicht zuletzt aus seinen bevölkerungspolitischen Zuständen war ihm dieser Weg vorgezeichnet. Sah auch Scharnhorst schon, daß es im Kriege nicht nur auf die physischen, sondern auch auf die moralischen Kräfte ankommt (er hat diese durchaus nicht aus der frederizianischen Kriegskunst stammende Auffassung in einer Denkschrift geäußert), so waren die moralischen Kräfte damals doch keineswegs so unbedingt notwendig, wie sie für die heutige moderne Armee sind. Damals hätte man mit ihnen besser kämpfen können, heute kann man ohne sie überhaupt nicht kämpfen. Wurde der preußische Geist aus militärischen Notwendigkeiten geboren, so erzwingen dieselben Notwendigkeiten heute seine Ueberwindung. Ist also Drill, Kasernenhofen und Kadavergehorsam das Wesen des Preußentums, dann geht Preußen jetzt unter!

Die Tatsache der SA spricht scheinbar gegen diese Auffassung, bei genauer Betrachtung werden wir jedoch im Nationalsozialismus die Euphorie des alten Preußentums erkennen. Das Feuer der SA ist nicht die Lebensglut einer neuen, sondern das Sterbefeuereiner alten Form. Alle alten preußischen Erscheinungen werden hier noch einmal beängstigend lebendig, weil die Bedingungen dieser Truppe denen der alten preußischen Armee sehr ähnlich sind. Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, aus Abenteuerlust und unklarem Aktivismus teils freiwillig, teils gezwungen in die SA gegangen, Deklassierte, Rückwärtsgerichtete, Gescheiterte, Hoffnungslose, Lumpen, Verbrecher, Pathologen umfaßt die SA. Eine einheitliche Gesinnung ist nicht vorhanden und kann nicht vorhanden sein, so muß sich der preußische Drill hier zwangsläufig wiederholen. Landsknechtstruppe und Drill gehören zusammen wie Pulver und Blei. Nur eine Gesinnungstruppe kann ohne Drill auskommen.

Preußen war infolge seiner Menschenarmut, die besonders nach dem Dreißigjährigen Krieg infolge des ungeheuren Menschenverlustes besonders groß war (in manchen Gebieten betrug dieser 50, stellenweise sogar 75 Prozent), zur Anwerbung von Söldnern gezwungen. Infolge der allgemeinen Armut des Landes und der mangelhaften Bereitschaft der Stände, die notwendigen Mittel für ein kriegerisches Heer zu bewilligen, mußte auf das denkbar schlechteste Menschenmaterial zurückgegriffen werden. Die Junker weigerten sich, dem Heer ihre Bauern abzutreten, zumal damit die Gefahr verbunden war, daß sich die Unterdrückten gegen die Junker erheben könnten.

So blieb denn nur das Lumpenproletariat, welches der Krieg hinterlassen hatte und das haufenweise raubend und bettelnd durch das verwüstete Land zog. Die daneben noch bestehende ausländische Werbung lieferte auch nur noch „Vagabunden-Trunkenbolde, Diebe,

Taugenichtse und andere Verbrecher“, wie Scharnhorst sagte. Kein Wunder, daß der Heeresdienst in der Volkseinstimmung Unglück und Schande war. Die spätere Verherrlichung des Soldaten ist nur die Kehrseite davon, Ueberkompensierung, die eine Ursache im Mangel an Soldaten hatte. Der frederizianische Soldat war kein Mensch mehr. Grausame Behandlung, verschimmeltes Brot, verachtet von der Bevölkerung, das, nur das kannte der Soldat von gestern. Trotzdem mußte Scharnhorst nach der Schlacht bei Jena bekennen: „Kein Soldat ist so erbärmlich gepölselt worden wie der preußische, und keine Armee hat weniger geleistet.“

Nichts ist ewig, alles ist dem Fluß der Geschichte unterworfen. Sie hat auch den strammstehenden Preußen in Bewegung gebracht, den Soldaten verändert, der uns im Wandel der Zeiten trotz allem als eine gleichbleibende Gestalt erschien. Das Preußentum geht unter! Die Entwicklung hat einen neuen Soldatentypus erzwingen, der in jeder Beziehung dem Soldaten des frederizianischen Zeitalters absolut wesensfremd gegenübersteht. Der alte Drill hatte schon durch die Taktik der Rebellenhaufen im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg einen schweren Stoß bekommen, die französi-

sche Revolution beendete, was die amerikanische begonnen hatte.

Die Auflösung der geschlossenen Formation führte zur Entdeckung des Individuums auch auf militärischem Gebiet. Der Weltkrieg hat diese Entwicklung gewaltig vorangetrieben. Die neue deutsche Armee hat als eine geschlagene Armee gründliche Konsequenzen daraus gezogen. Sie konnte dies um so eher tun, als sie infolge der zahlenmäßigen Beschränkung des Heeres durch den Versailler Vertrag ohnehin in die Richtung der qualitativen Ausbildung der Truppen gedrängt wurde. Versailles wurde zum „Pionier“ einer neuen und modernen Wehrform. Als Napoleon den Preußen 1807 verbietet, mehr als 40.000 Mann unter Waffen zu halten, entließ man die Rekruten nach einer Ausbildung von sechs Monaten, um neue Leute an ihren Platz zu setzen. 1813 konnten 250.000 Soldaten ins Feld geschickt werden (bei nur 4,5 Millionen Bevölkerung). Auch nach dem Weltkrieg verstand es Deutschland, aus der erzwungenen langen Dienstzeit der Truppe bedeutendes militärisches Kapital zu schlagen, und die Bestimmungen der Siegermächte, begünstigt durch die Entwicklung zum kleinen beweglichen Heer sehr geschickt in ihr

Gegenteil zu verkehren. Inzwischen haben auch andere Länder schon eingesehen, daß die Zeit der riesenhaften stehenden Heere vorbei und die gründliche Ausbildung eines Kadavers unbedingt notwendig ist.

Erst kürzlich hat der Major Röhrich vom Reichswehrministerium in der „Berliner Botschaft“ in einem Leitartikel über das Thema „Soldat gestern und heute“ u. a. folgendes geschrieben:

„Die zahlenmäßige Beschränkung wirkte sich anders aus, als sie von den Urhebern der Bestimmungen beabsichtigt war, in der Richtung der Qualität. Die Güte des zahlenmäßig beschränkten Menschenmaterials und die verlängerte Dienstzeit schufen völlig veränderte Ausbildungsverhältnisse, neue Möglichkeiten. Der Drill konnte immer mehr zurücktreten und auf ein Mindestmaß beschränkt werden, ohne daß die soldatische Straffheit litt. Die sorgfältige Erziehung des einzelnen Mannes wurde bewußt in den Vordergrund gestellt, Kasernenhof und Exerzierplatz verloren an Bedeutung, je mehr der gewandte, völlig selbständig handelnde Einzelkämpfer als das ausschließliche Ziel der Ausbildung Geltung gewann. Der Kämpfer mit ausgesprochenem Persönlichkeitswert, der Führer nach Maßgabe seiner Fähigkeiten, dieses Ziel bewirkte nicht allein der Militärdienst, auch die Erziehung in den erheblich ausgebauten Heeresfachschulen wurde dafür eingespannt. Den gesteigerten Aufgaben des Dienstes entsprachen auf der anderen Seite die hohen Anforderungen, die an das Offizierskorps zu stellen waren und die immer mehr über das rein Militärische hinausgingen...“

Drill, Kasernenhof und Exerzierplatz werden mehr und mehr überwinden. Und der Soldat soll eine Persönlichkeit werden! Ja, der Soldat eine Persönlichkeit. Das will kaum in unsere Ohren. In einer Zeit, wo die Persönlichkeit ein „liberales Vorurteil“ ist, wo jene, die früher dafür kämpften, heute nichts mehr von diesem Ziel wissen wollen, kommen die deutschen Generäle und machen „Persönlichkeiten! Im modernen Krieg ist der einzelne Soldat völlig auf sich selbst gestellt. Blinder Gehorsam würde jetzt einfach die Schlacht unmöglich machen und den Sieg gefährden. Der Führer ist oft Meilen vom Soldaten entfernt, der Soldat muß aus eigenem Entschluß handeln, kombinieren, selbst denken und sich im vergasteten Gelände zurechtfinden können. Darum verschwindet Paradrill und Kasernenhofen. Untertanengeist und Kadavergehorsam, darum geht Preußen unter!

Die Reichswehr räumt die Kaserne — die SA legt die alten Häuser in Beschlag und verhält sich darin, wie es altpreußischem Wesen entspricht. Wie in allem, so liegt auch im Militärischen ihr Ideal im Gernern.

Preußen geht unter — und der Kampf der SA ist der Todeskampf des alten Preußentums. Freilich, bleiben wird trotz alledem ein Maß von militärischem Zwang, von Drill und Gehorsam, deren Ursache im politisch-sozialen Geschehen zu suchen ist, gegen die Dauer auch Wehrpsychologie, Psychotechnik und Wehrpädagogik nichts nützen werden. Doch in diesem Sinne wären alle Länder „preußisch“. So verkehrt die Geschichte Wahrheit in Lüge: Preußen, wer hätte je geglaubt, daß die Soldaten dich mal überwinden werden!

PROBLEME DES SOZIALISMUS

Sozialdemokratische Schriftenreihe

herausgegeben zur Klärung der Meinungen über die Lage in Deutschland nach dem Siege des Faschismus. Neben authentischen Berichten aus dem Dritten Reich bringt sie programmatische Darstellungen über den Kampf gegen den Faschismus und für den Wiederaufbau Deutschlands auf demokratischer und sozialistischer Grundlage. Ihr Ziel ist, durch Diskussion in vollster Offenheit, die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte und geistigen Strömungen herbeizuführen.

Nr. 2: Miles: „Neu Beginnen“

Vergriffen

Nr. 3: Max Klinge: „Volk in Ketten“

Deutschlands Weg ins Chaos.

Nr. 4: Justinian: „Reichstagsbeand“

Wer ist verurteilt?

Nr. 5: „Ozeanienburg“

Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Von Gerhart Seger-Dessau, M. d. R. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann.

Nr. 6: „Der Faschismus und die Intellektuellen“

Untergang des deutschen Geistes. — Von Landgerichtsdirektor * * *

Nr. 7: Georg Decker: „Revolution und Revolution“

Der Weg zur Freiheit.

Vier Neuerscheinungen:

Nr. 9: „Konzentrationslager“

Adolf Hitler: Deine Opfer klagen an!

Dieses Buch ist ein Appell an das Gewissen der Welt! Dokumentarische Berichte ehemaliger Gefangener aus den Konzentrationslagern Dachau, Königstein, Sonnenburg, Brandenburg, Colditz, Sachsenburg, Reichenbach, Papenburg, Lichtenburg, Moringen und Hohnstein, Marterstätten, deren Namen man im Dritten Reich nur flüsternd nennt, werden darin vorgelegt. Aus jeder Zeile dieser Berichte ruft die getretene Kreatur die Menschheit um Hilfe. Wenn die Welt noch ein Gewissen hat, dann muß es sich bei diesen Dokumenten melden. Jede einzelne der mitgeteilten Schandtat ist nachprüfbar. Neben vielen Illustrationen enthält das Buch die Namen von mehr als 850 Angeschuldigten, SA- und SS-Leuten sowie Gefangener und Opfer in deutschen Konzentrationslagern.

Nr. 10: „Grenzen der Gewalt“

Aussichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats

In unserer Gegenwart spricht die Gewalt das erste und, wie es scheint, auch das letzte Wort. Sie triumphiert scheinbar so vollständig über Vernunft und Wissenschaft, Kultur und Sitte, daß bei vielen der Glauben an andere Mächte völlig schwindet, und ein wahrer Aberglaube an die Grenzenlosigkeit der Gewalt um sich greift. Diesem Aberglauben tritt der Verfasser mit dem ganzen Rüstzeug seines Wissens entgegen.

Nr. 11: Julius Deutsch: „Putsch oder Revolution?“

Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg

Ausgehend von den Februarereignissen und vom blutigen Sieg des Klerikalen Faschismus in Oesterreich stellt Julius Deutsch die gesamte Taktik und Tradition der europäischen Arbeiterbewegung zur Diskussion und zeigt auf, was den bewußt marxistischen Sozialisten vom blanquistischen Putschismus und ähnlichen Lehren trennt, die durch die direkte Aktion einzelner Gruppen oder einzelner Männer den Gang der Geschichte beeinflussen oder leiten zu können glauben.

Nr. 12: Histocikus: „Der Faschismus als Massenbewegung“

Sein Aufstieg und seine Zersetzung

In vier Kapiteln von stärkster Anschaulichkeit gibt hier ein bekannter deutscher Hochschullehrer, der in seltener Art die Fähigkeit des wissenschaftlich geschulten Historikers und die Lebensnähe des Politikers in seinem Urteil zum Ausdruck bringt, eine Uebersicht über die faschistischen Bewegungen Europas. Er zeigt, wie der Faschismus in seinem hemmungslosen Machtwillen, mit Hilfe der tollsten Versprechungen, die Massen zunächst wohl an sich bringen konnte, aber zur Macht gelangt, nicht in der Lage ist, sie festzuhalten.

BESTELLUNGEN UND VERLAGSPROSPEKTE DURCH JEDE BUCHHANDLUNG ODER DIREKT DURCH DIE VERLAGSANSTALT »GRAPHIA«, KARLSBAD.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60) Belgien Frs. 2.— (24.—) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Gold 0.30 (3.60) Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64) Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—) Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—) Holland Gld. 0.15 (1.80) Italien Lfr. 1.10 (13.20) Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60) Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20) Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pi. 0.018 (0.216) Polen Zlotv. 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—) Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20) Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40) Ungarn Peng. 0.35 (4.20) USA 0.68 (6.96)

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149, Oesterreich: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wien B-198.304, Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 198.163, Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Belgrad Nr. 51.008. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.